

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 22. Oktober 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kulturaufgaben der Gewerkschaften Theodor Leipart

Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, hat (einer Einladung des Bundeschulleiters Dr. Seelbach folgend) bei der Abschiedsfeier der rheinisch-westfälischen Schülergruppe unseres Gesamt-Verbandes einen Vortrag gehalten, der in seiner Bedeutung weit über den Rahmen der Veranstaltung hinausgeht und wert ist, daß ihn die breiteste Öffentlichkeit — das gesamte deutsche Volk — kennen lernt. Wir bringen in nachfolgendem einen Auszug, den wir auch für unsere Werbearbeit in außerordentlichem Maße nutzbar machen können. Die Redaktion.

Die Arbeiterschaft war in der Vorkriegszeit fast ohne Anteil an der Kultur. Gelehrte, Beamte, Richter, In-

dustrielle schauten mit Geringschätzung auf die werktätige Arbeit. Unsere Arbeiterschaft sah daher hinter der Ideologie, hinter den Bildungs- und Kulturinteressen dieser Kreise nur den krassen Macht- und Besitzstandpunkt. — Es fehlte an einer Staatskunst, die ein Volk in kritischen Zeiten zu führen vermochte. Wenn wir uns dieses Bild der Vergangenheit vor Augen halten, so möchten wir fast glauben, daß es eine Schilderung dessen ist, was seit den letzten Wochen unserer Geschichte wieder anzubrechen scheint. Weite Teile des Bürgertums glauben, in dieser neuen Staatspolitik ihre bürgerliche Kulturauffassung zu retten. — Wie weit ist das aber alles von den Idealen entfernt, die in der Freiheitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Bürgertum verkündet wurden. Wie weit entfernt von dem Geist eines Fichte, der zuerst die Forderung einer Volksbildung aufstellte, die diesen Namen wirklich verdiene, einer Bildung, die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schicht duldet, die nicht mehr Bildung als das Vorrecht irgendeiner Gruppe innerhalb der Nation betrachtet. Was ist aus diesen hohen Zielen eines Fichte geworden?

Seitdem das Großbürgertum seine Herrschaft angetreten hat, ist eine betrübende Wandlung in der Stellung der Intellektuellen zum Volk eingetreten, die im großen und ganzen auch in der Nachkriegszeit noch fortbestand und in der Reaktion unserer geistig gerichteten Kreise geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Wo sind die Männer heute, die wie Fichte die Aufgaben einer wahren und umfassenden Volksbildung aufzeigten?

Früher waren es noch Männer wie Rudolf Sohm, Cajo Brentano und Anton Menger, ein Konservativer, ein Liberaler und ein Radikaler, die in mahndem Zorn an die Intellektuellen die gleiche Klage geführt haben über die Teilnahmslosigkeit der Gebildeten gegenüber dem politischen und sozialen Leben und über die Unvollkommenheit einer Bildung, die mit den lebendigen Kräften des Kulturfortschritts zu zerfallen droht.

Wir sind heute arm an solchen Männern und brauchen sie dringender als jemals. Wir stehen erschrocken vor der Uninteressiertheit unserer gebildeten Kreise, die zum größten Teile sich der Reaktion anschließen, anstatt mit uns das geistig zu unterbauen, was von uns an sozialen Reformen erreicht worden ist. Sie bleiben an ihre sozialen Schichten gebunden. Sie stießen nicht zur Arbeiterschaft, als wir sie so dringend brauchten. Sie haben am wenigsten Grund, uns heute vorzuwerfen, daß von uns in der Nachkriegszeit nicht genug geschaffen worden sei. Was wir geschaffen haben, haben wir aus eigener Kraft schaffen müssen, und wir sind stolz darauf. — Es ist nur zu erklär-

lich, daß angeht dieses Aufstrebens der untersten Klasse, die aus dem Elend kapitalistischer Anfänge sich entwickelte und jahrhundertalte soziale Gruppen in ihrer Machtstellung erschütterte, sich die besitzenden und bisher regierenden Gruppen zum Kampf zusammenschlossen, um ihre Vorrechte zu festigen oder wiederzugewinnen. — Die Demokratisierung auf dem Gebiete der Politik und der Sozialpolitik bewirkte eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr Aufgabe für alle Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit am öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kultur-

gütern erkämpft haben. — Es bleibt ein großes Verhängnis der Nachkriegszeit, daß es nicht gelungen ist, mit dieser Entwicklung eine grundlegende Umgestaltung unseres gesamten Bildungswesens herbeizuführen. Und hier liegt die Schuld bei den intellektuellen Schichten, die den Geist der Zeit nicht verstanden haben. Das große Ziel, das unser Staat sich hätte stellen müssen, die Arbeit in all ihrem Reichtum moderner Diegestaltigkeit zum beherrschenden Mittelpunkt des Bildungswesens zu machen, ist kaum in Angriff genommen worden. Die alten Institute blieben in ihrem Wesen unangreifbar.

Darum sind unsere Bildungsstätten, vor allem unsere Universitäten, nicht Ausdruck der sozialen Umgestaltung und einer neuen Kulturgemeinschaft. Darum übernehmen sie nicht die Rolle im öffentlichen Leben, eine neue Zeit mit neuer geistiger Kraft vorwärts zu treiben. — Weil unser öffentliches Bildungswesen versagt hat, galt es für uns, ein eigenes Bildungswesen mit neuen Bildungsidealen auszubauen. — Hierzu soll die zentrale Bildungsstätte in Bernau die Grundlagen schaffen. Hier werden wir unsere Erfahrungen sammeln, um die örtliche und bezirkliche Bildung zu vertiefen.

Derkennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer

ALLE

Mitglieder unseres
Gesamt-Verbandes
in den Betrieben und
Verwaltungen unter-
stützen unsere Werbe-
aktion durch Agitation
von Mund zu Mund

Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißenden Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturbolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.

* * *

In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideale sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.

Die Bedeutung, die die Gewerkschaften damit erneut gewinnen, zwingt uns, unsere Kulturarbeit zu überprüfen und zu den großen Fragen des kulturellen Lebens überhaupt Stellung zu nehmen.

Weite Kreise unseres Volkes zweifeln heute an dem Sinn des technischen Fortschritts und greifen die Gewerkschaften an; weil sie sich zu ihm bekennen. Aber man vergißt hierbei oft, daß es nicht die Technik an sich ist, sondern die Wirtschaftsform, in der die Technik verwendet wird, die den Menschen degradiert. Wir wollen, daß die Technik noch ganz anders als heute den Menschen von den Lasten des Lebens befreit.

Wir sind überzeugt, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Technik sich voll zum Nutzen der Menschen entfalten kann. In ihr werden der Erfinder und der Entdecker nicht an das Interesse kapitalistischer Machtgruppen gebunden sein, sondern wie alle großen Erfinder es wollen, ihre Erfindungen wirklich zum Wohle der Allgemeinheit verwerten.

Man wirft uns Arbeitern oft vor, wir seien materialistisch. Man sieht oder erkennt nicht, daß wir die Wirtschaft in den Zusammenhang des ganzen Lebens einordnen wollen, daß die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Menschen zu geben, was er braucht. Gerade die Schichten, die uns Materialismus vorwerfen, haben die Wirtschaft zum Selbstzweck gemacht. Wir wollen sie in den Dienst unserer Kulturideen stellen. Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf.

Wir haben alles unterstützt, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Leben ab, das wir in uns tragen.

Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker. Wir sind keine Kompromisnaturen trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben.

Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinne der Zusammenarbeit der Völker. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung. Die jüngsten Kämpfe beim Rundfunk, Film und Theater gegen künstlerische Kräfte aus

dem Auslande lehnen wir entschieden ab. Die besten Geister, auf allen Kulturgebieten sind nicht an die eine oder andere Nation gebunden.

Es war der Stolz der Fürsten in früherer Zeit, Kräfte heranzuziehen, wo sie in der Welt auch stecken mochten, um sie für die deutsche Kultur fruchtbar zu machen. Ich erinnere an Goethes weltbürgerliche Haltung und an die Freundschaft Friedrichs des Großen mit Voltaire. Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.

Wir sehen die deutsche Sendung darin, daß wir dieses Verständnis für die schöpferischen Kräfte in anderen Ländern immer wieder aufbringen. Uns sind unsere kulturellen Institutionen zu schade, irgendwelchen beschränkten Kräften sichere Positionen zu bieten. Wir wollen vor allem nicht, daß unsere kulturellen Einrichtungen nur für kleine privilegierte Gruppen da sind.

Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteienbildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.

Unsere Gegner berufen sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum. Sie fordern eine staatliche Kulturpolitik, die ihnen helfen soll. Sie wollen die politische Situation ausnutzen, um der christlich-konservativen Sache auf diese Weise zu helfen. Es dient der religiösen Sache keineswegs, wenn die heutige Reaktion sich christlich tarnt. Wir warnen vor einer solchen Entwicklung auf Grund der Erfahrungen der Geschichte. Wir warnen auch im Interesse der religiösen Empfindungen unserer Mitglieder. Die Kirche erweist sich keinen Dienst, wenn sie sich dazu hergibt, die politische Entwicklung rückwärts zu richten. Sie sollte wissen und nicht übersehen, wie die Staatsmacht sich wandeln kann.

Wir fordern Freiheit des Bekenntnisses. Wir betonen aber auch, daß unsere kulturpolitischen Forderungen von den stärksten Impulsen der menschlichen Befreiungsbewegung getragen sind, wie sie sich seit Jahrhunderten in der Emanzipation der europäischen Menschheit von kirchlich-klerikalen Bindungen auswirkt. Die Wendung von einer im Jenseits verankerten zu einer die irdische Gegenwart bejahenden Haltung gibt unserer Kulturarbeit den tiefsten Sinn.

Aus dieser Wendung folgt unsere leidenschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, folgt unsere Bejahung der Lebensfreude, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen. Sie hält uns andererseits nicht ab, ehrfürchtig vor den Toren des Ewigen zu stehen, die unserer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schüzen, die sich um diese letzte große Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen.

Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht. Unser Lohnkampf ist ein Befreiungskampf. Der Kampf um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Notverordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuß für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserem Volke zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserem Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Wir hängen keinen Träumen nach. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß.

Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.

Vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Leipzig

Die Gewerkschaften — insonderheit der Gesamt-Verband — sind in hohem Maße an der Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Leipzig interessiert, weil die Frage des „Verfassungsbrechens“ dort zur Tagesordnung steht. Die jetzige Regierung ist bekanntlich sehr empfindlich, wenn in der Gewerkschaftspresse der Vorwurf erhoben wird, die Papen-Regierung sei der Reichsverfassung nicht besonders hold.

Aber auch das gewerkschaftliche Prinzip der „erworbenen Rechte“ insbesondere der Beamten wird in Leipzig mit entschieden. Hieran sind besonders unsere beamteten Kollegen interessiert.

Wir haben darum den Kollegen Dr. Draht gebeten, uns also kurz vor dem Leipziger Entscheid über die rechtliche Seite einiges zu sagen. Die Redaktion.

Die Verordnung des Reichspräsidenten, die für das Land Preußen einen Reichskommissar einsetzt, bezeichnet sich selbst als Verordnung „zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung“. Damit gibt diese Verordnung schon in ihrer Ueberschrift an, worum es sich bei ihrem Erlaß nach der Ansicht des Reichspräsidenten

und der Reichsregierung gehandelt hat: um die Sicherheit und Ordnung, die in Preußen nach ihrer Ansicht gefährdet gewesen wäre. — Selbstverständlich kann niemand dem Reichspräsidenten das Recht streitig machen, in solchen Fällen von dem Ausnahmerecht des Artikels 48 der Verfassung Gebrauch zu machen. Und es ist auch sicher, daß der Reichspräsident dabei in die Kompetenzen der preußischen Behörden eingreifen muß und darf. Wenn er z. B. Versammlungen verbietet, so tut er etwas, das an sich nur die preußischen Polizeibehörden tun dürfen. Aber er darf es mit Hilfe des Artikels 48 ebenfalls. — Nur beginnt irgendwo eine Grenze, befindet sich irgendwo ein Punkt, an dem diese Maßnahmen nicht mehr dem Ziel der Sicherung der Ordnung dienen und als Mittel dazu auch die Kompetenzen der Landesbehörden stören, sondern wo dieses Mittel zum Selbstzweck wird, wo nicht mehr in dem Land die Ordnung wiederhergestellt, sondern gegen das Land vorgegangen wird. Das bezeichnet man als Reichssekretion gegen ein Land. — Hierfür aber verlangt die Verfassung, daß dem Land der Bruch einer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber dem Reich nachgewiesen wird. — Die Reichsregierung behauptet, daß die preußischen Beamten und Minister die

Reichsregierung nicht respektvoll genug behandelt hätten in Reden usw. Hier würde allerdings eine Unfreundlichkeit oder auch Unhöflichkeit vorliegen können; aber da ist bis zu einem Rechtsbruch doch noch ein gewaltiger Unterschied! Deshalb behauptet das Reich weiter, hohe preußische Beamte seien abhängig von der Kommunistischen Partei gewesen und hätten gewissermaßen mit ihr konspiriert. Wie diese Behauptung nachgewiesen werden soll, ist einstweilen mehr als unklar. So scheint es also, als wenn die Rechtsverletzung durch das Land Preußen, die allein ein Vorgehen gegen dieses Land rechtfertigen kann, vor dem Staatsgerichtshof kaum wird bewiesen werden können.

Es scheint weiter, als wenn die Reichsregierung sich dieser Tatsache selbst bewußt wäre. Sie hat offenbar nachträglich noch aus den Akten Material für die Begründung ihres Standpunktes zu sammeln gesucht; man wird abwarten müssen, mit welchem Erfolg. Sie hat aber weiter die Bedeutung ihrer Aktionen gegen die preußische Regierung selbst nachträglich abgeklärt. Ursprünglich sah es so, als wenn sie diese frühere Regierung einfach als abgelehrt betrachten und behandeln wollte. Nachträglich aber will sie sich wohl auf ein Verbot der amtlichen Tätigkeit beschränken, durch das die Eigenschaft als Minister an sich nicht berührt wird. Praktisch-politisch käme dann alles darauf an, wie lange dieses Verbot andauern soll. Einstweilen ist noch nicht ersichtlich, daß der Reichskommissar seine Tätigkeit als beendet ansähe oder daß eine neue verfassungsmäßige Regierung in Preußen zustande kommen könnte. Ferner aber käme es darauf an, ob die kommissarische Regierung sich darauf beschränkt, die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der angeblich gefährdeten Sicherheit und Ordnung dienen sollen, oder ob sie darüber hinaus Handlungen vornimmt, die sich deutlich als Maßnahmen auf lange Sicht charakterisieren.

Unter den letzteren Maßnahmen spielen die Ernennungen und Absetzungen von Beamten neben dem Erlaß von Verordnungen grundlegender Natur eine besondere Rolle. Gewiß kann es zu den laufenden Aufgaben einer kommissarischen Regierung gehören, daß sie Beamte ernannt usw. Nur fragt sich, ob dabei über das, was laufend notwendig ist, hinausgegangen und eine systematische, neue Personalpolitik begonnen wird.

Es ist selbstverständlich sehr mißlich, eine Prophezeiung über das Urteil des Staatsgerichtshofs aufzustellen. Bei der Entziehung der Polizeigewalt bis zu dem, was wirklich geschehen ist, sind so viele Abstufungen möglich, daß der Staatsgerichtshof an sehr vielen Stellen die Linie ziehen kann, an der die Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichskommissars aufhören, zulässig zu sein. Wir möchten glauben, daß der Staatsgerichtshof in jedem Fall aussprechen wird, daß eine definitive Absetzung der preußischen Minister nicht zulässig war. Die Reichs-

regierung scheint — nach ihrem nachträglichen Verhalten zu schließen — selbst mit einem solchen Urteil zu rechnen. — Was in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof vorgeht und wie der Spruch dieses Verfassungsgerichtshofs ausfallen wird (der in diesem Augenblick noch nicht verkündet ist), kann man nicht verstehen, wenn man sich nicht bewußt ist, daß diese Gerichtsbarkeit erst seit 1919 in Deutschland überhaupt besteht. Vorher gab es nur politische Wege, Streitigkeiten zwischen Reich und Ländern auszutragen. Es ist also kein Wunder, daß die ganze Methode, solche Streitigkeiten gerichtlich zu erledigen, bei uns noch keine allgemeine Anerkennung gefunden hat. Hinzukommt, daß es sich bei Verfassungsfragen um hochpolitische Fragen handelt, bei deren Entscheidung meistens keine sehr detaillierten Rechtsvorschriften herangezogen werden können, sondern die Rechtsüberzeugung des Richters weitgehend Richtschnur beim Urteil bildet. Und diese Rechtsüberzeugung ist mit der politischen Ueberzeugung naturgemäß nahe verwandt. Das gilt ganz besonders deshalb, weil bei uns in Deutschland Verfassungen nie in hohem Ansehen gestanden haben; das ist nicht erst seit der Revolution so! Die frühere preußische Verfassung war größtenteils nicht

vom Volke oder seinen Vertretern selbst geschaffen, sondern vom König gegeben. Die frühere Reichsverfassung entsprach einem Bunde der deutschen Fürsten. Kein Wunder, daß diese Verfassungen dem Volke fremd blieben, daß sie zwar in den Gesetzbüchern geschrieben standen, aber nicht lebendig waren im Volk und in der Richterschaft. Völlig andere Verhältnisse als bei anderen Völkern, beispielsweise in England, wo ungeschriebenes Recht in höherem Ansehen steht als bei uns geschriebenes! Diese geringe Achtung vor der Verfassung ist es, die Konflikte heraufbeschwört und die ihre Lösung auf gerichtlichem Wege so unbefriedigend macht.

Soll deshalb auf die Staatsgerichtsbarkeit überhaupt verzichtet werden. Dann wäre mit dem 20. Juli eine vollendete Tatsache geschaffen, die unkorrigierbar wäre; dann wäre selbst innerhalb eines einzigen Staates, wie das Deutsche Reich ist, Macht und Recht identisch. Wer die Macht hätte, wäre deshalb auch im Recht. Gerade das aber ist ein Zustand, den der Sozialismus überwinden will, um an die Stelle der Willkür die Ordnung zu setzen. Und Ordnung bedeutet aber: Recht. Auch die Richter in Leipzig werden bei ihrem Spruch bedenken müssen, daß die Staatsgerichtsbarkeit dazu dienen soll, die Macht in die Schranken des Rechts zu zwingen, und daß ein Urteil, das nur der Machtlage Rechnung trägt, nicht allein den Staatsgerichtshof selbst, sondern der Rechtsidee einen schweren Stoß versetzen würde. Welche Bedeutung das in einem Lande haben muß, in dem Recht und Gesetz so viel verletzt und mißachtet werden, wie es bei uns der Fall ist, kann niemandem zweifelhaft sein. Dr. Draht.

Verbot der „Beamten-Gewerkschaft“

Unsere vom Gesamt-Verband herausgegebene „Beamten-Gewerkschaft“ hat der Berliner Polizeipräsident bis zum 25. Oktober 1932 verboten. Kollegen, kämpft für Wiederherstellung der vollen Pressefreiheit — tretet ein für die

Wahl von Sozialdemokraten (Liste 2) am 6. November.

Freiwilliger Arbeitsdienst und öffentliche Betriebe

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 25 berichtet Dr. v. Funke über das erste Jahr des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es wird festgestellt, daß als Träger der Arbeiten die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, das sind die Länder, Provinzen, Landkreise, Stadt- und Landgemeinden mit über der Hälfte, genau 51,3 Proz., aller Maßnahmen vertreten sind. Diese Ziffer beweist, wie bedeutungsvoll die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes für unsere Organisation ist. Ueber die wichtigsten Angaben von Dr. v. Funke sei zunächst folgendes gesagt:

Bis zum 1. Juli d. J. sind insgesamt 5633 Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD.) mit einer Beschäftigungszahl von 166 286 Arbeitsdienstwilligen anerkannt worden. 1150 Arbeiten (20,4 Proz.) waren Bodenverbesserungen, 266 (4,7 Proz.) für die Vorbereitung und Errichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, 559 Maßnahmen (10 Proz.) für Forstarbeiten und 972 Maßnahmen (17,3 Proz.) Verkehrsverbesserungen. Der Rest entfällt auf Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit und auf sonstige Maßnahmen. Hierzu gehören Vermehrung der Sport- und Erholungsstätten, Betreuung und Speisung der minderbemittelten Bevölkerung usw. An den Maßnahmen waren am hervorragendsten beteiligt: Die Landesarbeitsämter Hessen, Rheinland und Westfalen, am geringsten die Landesarbeitsämter Pommern und Ostpreußen. Nach Zahl der Beschäftigten standen an erster Stelle: Rheinland, Hessen und Westfalen. Weibliche Arbeitsdienstwillige waren bei 247 Arbeiten beschäftigt. Ueber die Anzahl der weiblichen Personen liegen keine Angaben vor. Sie wurden beschäftigt bei Fürsorgemaßnahmen für Kinder und Hilfsbedürftige, bei Instandsetzung von Wäsche und Bekleidungsstücken und im Obst- und Gemüsebau.

Die Zahl der jeweils gleichzeitig beschäftigten Arbeitsdienstwilligen ist von 106 Ende August 1930 auf 97 067 Ende Juli 1932 gestiegen. Dr. v. Funke vertritt die Auffassung, daß diese Zahlen die ständig wachsende Werbekraft des freiwilligen Arbeitsdienstes erkennen lassen. Wir sind der Auffassung, daß diese Schlussfolgerung falsch ist. Die Steigerung ist ein Beweis von der wachsenden Not der Arbeitslosen. Von den Beschäftigten waren über die Hälfte Jugendliche, die wegen ihres Alters keine Unterstützung erhielten. Die Zahl der im Berichtsjahre abgeleiteten Tagewerke beträgt 6 820 932. Davon entfielen auf die Arbeiten für Bodenverbesserung 1 640 842 (24,1 Proz.), auf Siedlungen und Kleingärten 760 848 (11,2 Proz.), auf Verkehrsverbesserungen 954 107 (14 Proz.) und auf Hebung der Volksgesundheit 2 247 706 (32,9 Proz.), auf Forstarbeiten 427 567 und sonstige Maßnahmen 789 862 (17,8 Proz.). Die Gruppen Bodenverbesserung, Siedlungen und Kleingärten, Verkehrsverbesserung und Forstarbeiten rechnet man zu den Arbeiten, denen ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Nutzen beizumessen ist. Auf diese Arbeiten entfallen 3 783 364 Tagewerke (55,5 Proz.), also mehr als die Hälfte der Gesamtleistung.

Als Träger der Arbeiten sind die öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit 51,3 Proz., also mit über der Hälfte vertreten. Dann folgen die Jugend- und Sportverbände mit 24,7 Proz., die kirchlichen und Wohlfahrtsverbände mit 9,8 Proz., Wasser- und Meliorationsgenossenschaften mit 4,8 Proz., Siedlungs- und Kleingartenunternehmen mit 3,2 Proz. und sonstige Verbände mit 6,2 Proz.

Als Träger des Dienstes, die die Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen, für diese Arbeiten bereitstellen und körperlich und geistig zu betreuen haben, sind festgestellt: Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit 36,6 Proz., Jugend- und Sportverbände mit 30,1 Proz., Kirchen- und Wohlfahrtsverbände 11,7 Proz., Wehrverbände 4,3 Proz., Siedlungs- und Kleingartenunternehmen mit 2,4 Proz., Wasser- und Meliorationsgenossenschaften 2,4 Proz. und sonstige Verbände 12,5 Proz. Es ist beachtenswert, daß auch hier die öffentlich-rechtlichen Körperschaften in über einem Drittel der Fälle Träger des Dienstes sind.

An Zahlungen wurden für den freiwilligen Arbeitsdienst in dem Berichtsjahr 12 958 124 Mk. aus Mitteln der Reichsanstalt, des Reichs und sonstigen Mitteln geleistet. Als Durchschnittssatz für ein Arbeitsdiensttagewerk ergibt sich ein Betrag von 1,99 Mk. Hierin sind mitenthalten die Beträge für Krankenversicherung und für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Sozialversicherung.

Dieser Bericht beweist deutlich, daß die öffentlich-rechtlichen Körperschaften die bedeutendste

Rolle im freiwilligen Arbeitsdienst übernommen haben. Als Träger der Arbeiten ist die öffentliche Hand mit 51,3 Proz. und als Träger des Dienstes mit 36,6 Proz. beteiligt. Leider ergibt sich aus dem Bericht nicht, wieviel Tagewerke für die öffentliche Hand geleistet sind. Es dürfte aber feststehen, daß sie auch hierin an erster Stelle steht. Wir müssen als Organisation der Arbeitnehmer der öffentlichen Hand deshalb dem freiwilligen Arbeitsdienst ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Unsere bisherigen Beobachtungen zeigen, daß eine ganze Reihe von Arbeiten des FAD. reguläre Arbeiten sind und daß bei zahlreichen öffentlichen Körperschaften die Absicht besteht, diese Methode weiter auszudehnen. So hatte z. B. ein Berliner Bezirksamt die Absicht, 25 000 Tagewerke für reguläre Bodenarbeiten beim Gartenamt, bei denen 35 000 Quadratmeter Boden bewegt werden sollten, ausführen zu lassen. Weiter sollten Ausbesserungen von Wegflächen, Planierungen usw. vorgenommen werden. In Stettin wird der Grüngürtel im Wege des FAD. weitergeführt. In Wiesbaden wird durch Rodung einer alten Baumschule die Kuranlage durch den FAD. erweitert. In Duisburg beschäftigt das städtische Gartenamt 28 Mann des FAD. im Revier des städtischen Botanischen Gartens mit regulären Arbeiten. Auch kirchliche Behörden folgen den gleichen Spuren. So wurden die gärtnerischen Anlagen eines neuerbauten katholischen Krankenhauses in Leipzig im Wege des FAD. hergestellt. Es besteht gar kein Zweifel, daß es sich in allen diesen Fällen um reguläre Arbeiten handelt, für die der FAD. nicht in Frage kommen darf.

Ganz besonders scheint sich der FAD. des Straßenbaues bzw. der Instandhaltung der Landstraßen zu bemächtigen. Wir haben festgestellt, daß in Thüringen zahlreiche solcher Arbeiten verrichtet werden. Aus der Gegend von Künstlin wird mitgeteilt, daß dort sogar die Neuschüttung einer 10 Kilometer langen Schotterstraße durch den FAD. vorgenommen wird. In einer Landstraßenwärtterkonferenz in Berlin wurde berichtet, daß der FAD. in einem Kreis die gleichen Arbeiten verrichtet wie die Straßenwärtter, z. B. die Beseitigung der Sommerwege. Bei dieser Gelegenheit konnten unsere Kollegen die Leistungen des FAD. feststellen: Sehn Straßenwärtter stellten an einem Tage 160 Quadratmeter fertig, hingegen zwanzig Arbeitsdienstwillige nur 60 Quadratmeter. Bei genauer Berechnung der Lohnausgaben (bei den Arbeiten einschließlich Soziallohn) ergibt sich, daß das Quadratmeter bei dem Tarifarbeiter 30 Pf., beim Arbeitsdienstwilligen aber 66% Pf. kostet! Der FAD. kostet die öffentliche Hand über doppelt soviel wie Tarifarbeit.

In einem Rundschreiben vom 9. August 1932 hat der Reichskommissar für den FAD. seine Bezirkskommissare erneut darauf hingewiesen, daß die Arbeit im FAD. volkswirtschaftlich wertvoll sein müsse, d. h. sie müsse sich im volkswirtschaftlichen, wenn auch nicht im privatwirtschaftlichen Sinne rentieren. Anders geartete Arbeiten können nur dann in Betracht kommen, wenn volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten nicht bereitgestellt werden können. Als Arbeiten sollen in Betracht kommen: Melioration, Wasserregulierung, Mithilfe bei Siedlungsbauten, Anlegung von Verbindungs-, Feld- und Waldwegen, Kultivierung von Moor und Heide für den Ackerbau und Aufforstung von Oedländereien. Dagegen müssen Arbeiten, wie die Anlage von Sportplätzen, die Erweiterung von Schmuckanlagen und dergl. Ausnahmen bleiben. Auszuschließen haben Neubau von Land- und Wasserstraßen, Erstellung von regulären Hochbauten, die der Durchführung im freien Arbeitsverhältnis vorzubehalten sind. Zusätzlich sind nur Arbeiten, die weder jetzt, noch in absehbarer Zeit ohne Einfluß des FAD. vorgenommen werden könnten. Die Pflichtaufgaben öffentlicher Körperschaften rechnen nicht zu den zusätzlichen Arbeiten. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen und darf auch keine Kräfte aus dem freien Arbeitsverhältnis an sich ziehen. Mit Hinweis auf dieses Rundschreiben können zweifellos manche Gefahren für uns beseitigt werden. Sorgen wir für die Beachtung dieser Richtlinien.

Buſch.

Neuer kapitalistischer Korruptionskandal

Ein neuer Fall unglaublicher privatkapitalistischer Mißwirtschaft ist jetzt bei dem Elektrizitätsverband Stade aufgedeckt worden. Diesem Verband sind insgesamt 16 preußische Landkreise aus den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg mit insgesamt 900 Gemeinden angeschlossen. Seine Aufgabe war die Versorgung des Verbandsgebietes mit Elektrizität, die der Aktiengesellschaft Ueberlandwerk Nordhannover übertragen wurde.

Es waren schon verschiedentlich Gerüchte aufgetaucht über die unglaublich hohen Bezüge der Generaldirektoren und über Ankäufe und Umbauten von Dienstwohnungen, die nicht nur ungeheure Summen verschlungen haben, sondern dem Verband in die Hunderttausende gehende Verluste brachten. Diese Gerüchte haben sich bestätigt. Die skandalöse Mißwirtschaft ging sogar so weit, daß der inzwischen entlassene Generaldirektor Düllmann den Verband um 400 000 Mark schädigen konnte, ohne daß ihm der Vorstand energisch auf die Finger geklopft hätte. Obwohl der Vorstand von den Machenschaften des Generaldirektors Düllmann wußte und die Pflicht gehabt hätte, ihn sofort zur Rechenschaft zu ziehen, wurde erst einige Monate später das Nötige gegen Düllmann veranlaßt. Wer aber glaubt, Generaldirektor Düllmann wäre Knall und Fall entlassen worden, der irrt gewaltig. Der Vorstand hat es trotzdem fertiggebracht, mit dem Verbandschädling Düllmann einen „fürstlichen“ Pensionsvertrag abzuschließen und ihm sogar noch ein Auto zur Verfügung zu stellen. Düllmann erhält danach ein lebenslangliches Ruhegehalt! Im Pensionsvertrag hat er sich ausdrücklich verpflichten müssen, über alle Geschäftsvorgänge zu schweigen, und sich jeglichen Geredes über Vorgänge beim Unternehmen und der bei diesem beschäftigten Personen zu enthalten. Warum diese Verpflichtung zum Schweigen?

In den beiden Sitzungen des Verbandsausschusses kamen folgende Dinge zur Sprache: Bei der Nachprüfung der Geschäftsführung seit 1924 hat die Deutsche Revisions- und Treuhand AG. in Berlin festgestellt, daß Neuanschaffungen gemacht und Zahlungen geleistet worden sind, deren rechtliche Grundlage und Zulässigkeit zum mindesten zweifelhaft oder unklar war und daß die Grundzüge ordnungsgemäßer Buchführung einige Male nicht beachtet worden sind. Die Herren Generaldirektoren haben geglaubt, sie könnten aus dem Vollen schöpfen. Am 23. Mai 1924 wurde ein Bürohaus für 70 000 Mark verkauft und ein anderes für 80 000 Mark angekauft. Der Erwerb des Hauses endete also mit einem Verlust von 10 000 Mark. Seit dem Erwerb des Hauses sind außerdem in größerem Umfang Ausbesserungsarbeiten sowie Umbauten ausgeführt worden. Die vom Verbandsausschuß eingesetzte Rechnungsprüfungskommission ist dabei zu der Feststel-

lung gekommen, daß die Aufwendungen für Unterhaltung, für Erweiterungen des Hauses zusammen mit dem Ankaufspreis (nach Abzug des Verkaufserlöses) einen Verlust von rund 276 000 Mark brachte. Die gesamten Aufwendungen für dieses Haus allein betragen für die Jahre 1924 bis 1931 316 334,52 Mark. Insgesamt ist dem Zweckverband, nachdem das Haus für nur 55 000 Mark verkauft worden ist, ein

Totalverlust von 393 300 Mark entstanden.

Der Vorstand und der Verbandsvorsteher haben es nicht für notwendig befunden, die Frage der Kostentragung zu klären oder sich darüber Bericht erstatten zu lassen.

Noch skandalöser ist der Fall, der sich beim Umbau des vom Generaldirektor Düllmann bewohnten Hauses im Jahre 1930 ereignet hat. Der Vorstand hatte sich mit dem Umbau einverstanden erklärt, ohne aber diesen Beschluß zu protokollieren. Die voraussichtlichen Kosten des Umbaus waren mit 25 000—30 000 Mark angegeben worden.

Die tatsächlichen Baukosten betragen aber rund 152 000 Mk., davon hat Generaldirektor Düllmann ganze 4000 Mk. bezahlt.

Möglich war diese beispiellose Verschwendung von Verbandsgeldern für Luxuswohnungen nur durch das eigenmächtige Vorgehen des Generaldirektors Düllmann. Natürlich ist auch der Vorstand von einer Mitschuld nicht frezusprechen. Unerhört ist aber, daß die Beträge zum Teil auf Gebäudekonto, zum Teil auf Bankkonto gebucht wurden. Am Jahresschluß wurden sie auf das Bilanzkonto „Stromverteilungsanlagen“ umgebucht. Also eine glatte Buchfälschung, wie der selbst schwer angegriffene Verbandsvorsteher Dr. Wiedenfeld zugab.

Auch die formale Behandlung der eingegangenen Baurechnungen ist nicht immer vorchriftsmäßig gewesen. Bei einem Teil der Rechnungen fehlt sogar die Bescheinigung der Richtigkeit und die Zahlungsanweisung. Die Rechnungen enthalten auch Aufwendungen für Möbel und andere Einrichtungsgegenstände, die Düllmann zu zahlen gehabt hätte.

Bei dem Ankauf des Hauses, das dem Generaldirektor Reuscher gehört, ist mit ähnlicher Leichtfertigkeit verfahren worden. Der Vorstand beschloß, das eigene Haus Reuschers in Verbandseigentum zu übernehmen und es ihm als Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen. Ein Kaufpreis ist in dem Protokoll nicht genannt. Der Kaufpreis betrug 150 000 Mk. Die Zahlungen sind zum Teil als Barvoranschlag, zum Teil als Gutschrift auf Konto mit Wissen des Verbandsvorstehers geleistet worden. Außer diesen 150 000 Mark sind noch rund

Gandhis Freiheitskampf

London, 26. September. Gandhi hat am Montag seinen Hungerstreik beendet. Die englische Regierung ist einverstanden mit dem durch Gandhis Hungerstreik erzwungenen Kompromiß zwischen den Hindus der höheren Kasten und den Parias. Die Parias werden sogar 71 Sitze, wie es die englische Regierung vorschlug, 148 Sitze in der Kommunalvertretung erhalten. Zum erstenmal in der Geschichte des indischen Volkes sind die Parias als gleichberechtigte Menschen anerkannt, eine Tatsache von größter und weittragender Bedeutung. (Zeitungsnachricht.)

Die erstmalige Einigung der Inder aller Religionen und Kasten ist Gandhis großartige Leistung. Und diese Leistung wird nicht geringer dadurch, daß immer wieder Rückschläge in die Jahrhunderte alten Zerwürfnisse da und dort vorkommen. Auch kann man trotz solcher Rückschläge feststellen, daß seit Jahren Religions- und Kastenfeindschaften in dem Maße zurücktreten, wie die nationale Unabhängigkeit zum beherrschenden Problem des indischen Volkes wird. Solche Feindschaften fehlen u. a. völlig bei der im Freiheitskampfe stehenden Intelligenz, bei den jungen, aber bedeutungsvollen Arbeitergewerkschaften, in der Swarajisten-Bewegung, in der Gandhi-Bewegung.

Untrennbar verknüpft mit Gandhis Kampf ist auch ein anderes Ereignis: das Blutbad von Amritsar im Jahre 1919.

Die Sikhs im nordwestlichen Pandschab, die in großer Zahl im Weltkrieg verwendet wurden und die einer Glaubensgemeinschaft angehören, welche aus der geistigen Verschmelzung von Hinduismus und Islam hervorgegangen war, leiteten nach dem Kriege von ihrem religiösen Glauben aus eine Volksbewegung für die indische Freiheit ein. In Furcht, daß dieser tiefreligiöse, aber ebenso kriegstüchtige Volkstamm zu gewalttätigem Kampf über-

gehen könnte, ließ der englische General Dyer, als 15 000 Sikhs in das Dorgehege ihres heiligen Tempels zu Amritsar marschiert waren, die Ausgangstore umstellen und an die zweitausend Menschen der unbewaffneten Menge mit Maschinengewehren niederzuschießen.

Ein Empörungszweck ging durch das Land. Die Engländer in Indien aber veranstalteten eine Sammlung und überreichten dem Urheber der Pandschabgreuel, General Dyer, ein Geldgeschenk in Höhe eines Vermögens. Das wurde vom indischen Volke als eine Verhöhnung empfunden. Der Vorfall trieb neue Massen ins Lager Gandhis, und dieser begann nun seinen passiven Widerstand zu organisieren, der einmal im Boykott englischer Waren und ferner darin bestehen sollte, alle englischen Einrichtungen in Indien: Schulen, Gerichte, Transport, Telefon, Telegraph lahmzulegen und die Abgaben an die englische Regierung zu verweigern. Zwar nennen sich diese Abgaben Steuern, da aber das Land dafür nicht entsprechende Gegenleistungen wie Schulen und dergleichen empfängt, so betrachtet jeder Inder sie einfach als einen Tribut an die Fremdherrschaft.

Den Höhepunkt erreichte die damalige Gandhi-Bewegung im Februar 1922. Eben war der Mahatma im Begriff, seinen großen Generalfstreik in Gang zu setzen. Ratlos standen die Organe der Regierung vor dieser friedlich-gewaltlosen Mobilisierung. Doch jetzt geschah etwas Merkwürdiges: In Chauri-Chaura, einem indischen Ort, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gandhis Leuten und der Polizei der Engländer. Da erklärte Gandhi am Dorabend seines großen Feldzuges kurz und einfach: „Der Kampf ist abgebrochen!“ Und die Massen, soeben noch bereit, im Kampf um Indiens Freiheit zu sterben, beugten sich auch vor diesem Befehl des seltsamen Mannes. „Gandhis Unternehmen“, sagte der da-

53 000 Mark für Unterhaltung und Ausbauten aufgewandt worden. Vor allen Dingen hat die Rechnungsprüfungskommission beanstandet, daß der Zweckverband diese Aufwendungen für Reuscher zinslos verauslagt hat. Der durchschnittliche Jahresaufwand allein für dieses Haus betrug insgesamt 21 300 Mark.

Größte Empörung in den Mitgliederkreisen hat es hervorgerufen, daß die Generaldirektoren außerordentlich hohe Gehälter bezogen. Im Jahre 1928 betrug die Gehälter der beiden Direktoren Düllmann und Reuscher je 56 600 Mark, im Jahre 1931 noch 45 000 Mark. Es kennzeichnet die Eigenmächtigkeit, mit der die Direktoren ihre Gehälter selbst regelten, treffend, daß Vorstandsbeschlüsse über die Höhereinstufung überhaupt nicht vorliegen. Vergleicht man die Riesengehälter der Generaldirektoren mit den damals gezahlten Gehältern der Oberpräsidenten, so ergibt sich, daß die Generaldirektoren beim Zweckverband zeitweise das doppelte Gehalt eines Oberpräsidenten bezogen haben und sich in den Jahren 1921—1930 außerdem noch eine Sonderzulage (ein Achtel ihres Gehaltes und ihrer Dienstaufwandsentschädigung) auszahlen ließen. Obwohl dem Verbandsvorsteher, der selbst diese Zulage erhielt, diese selbstherrliche Regelung bekannt war, wurde nichts dagegen unternommen. Im Jahre 1929 wurde diese Sonderzulage von 12,5 Prozent sogar noch auf 15 Prozent des Jahresgehaltes erhöht. Dagegen gab Generaldirektor Reuscher zu, daß diese Erhöhung vom Vorstand bewilligt, aber auch nicht protokolliert worden ist. — Die Direktoren gingen sogar soweit, daß sie sich neben ihrer Sonderzulage noch eine besondere

Weihnachtsgratifikation von 50 bis 60 Prozent ihres Monatsgehalts und ihrer Dienstaufwandsentschädigung auszahlen ließen.

Im Jahre 1928 betrug diese Weihnachtsgratifikation für vier Direktoren rund 5600 Mark und im Jahre 1929 rund 6800 Mark. Natürlich liegt ein Vorstandsbeschuß wiederum nicht vor. Außerdem hat sich der Generaldirektor Düllmann 3750 Mark zu Unrecht auszahlen lassen.

Die Abrechnungen der Vorstandsmitglieder über Tagesgelder und Reisekosten sind von der Treuhand AG. in formaler Hinsicht beanstandet worden. Sie waren in sachlicher Hinsicht zum Teil unkontrollierbar, weil nicht immer Zweck und Dauer der Reise angegeben worden ist. Der Verbandsvorsteher hat es auch bis Mitte 1932 unterlassen, die Zahlungsanweisung zu geben. Die Rechnungsprüfungskommission ist dagegen zu dem Schluß gekommen, daß bei diesen Liquidationen der Vorstandsmitglieder alle sachlichen und formalen Erfordernisse fehlen. Sicherlich ist auch die Aufwandsentschädigung des Verbandsvorstandes von 100 Reichsmark pro Mitglied

und Tag vollkommen ungeredertigt und ein weiterer Beweis dafür, daß Gelder verpulvert worden sind, ohne daß eine ausreichende sachliche Begründung dafür vorgelegen hätte. Das trifft auch zu für die 600 Mark betragende Vergütung pro Jahr, die die Vorstandsmitglieder seit 1927 erhalten.

Ein besonders trübes Kapitel bilden die sogenannten Ehrengeschenke für ausscheidende Vorstandsmitglieder. Der Vorstand hat es fertiggebracht, dem ausscheidenden Landrat Rademacher zwei Ehrengeschenke im Betrage von 4000 Mark zu machen. Dabei erhebt sich doch die Frage, ob der Landrat Rademacher sich von einem ihm unterstellten Direktor (Düllmann) überhaupt beschenken lassen durfte. Dem ausscheidenden Landrat a. D. Becker überreichte der Vorstand ein Ehrengeschenk im Betrage von sogar 5000 Mark. Die Treuhand AG. stellt zu dem „Abschiedsgeschenk Rademacher“ fest: daß dies ohne Wissen des Vorstandes erfolgte in Folge der eigenmächtigen Handlungsweise des Direktors Düllmann und daß derartige Zahlungen von dem Verbandsvorsteher nicht geprüft und angewiesen wurden.

Ein Ausschußmitglied stellte fest, daß der Verbandsvorsteher Dr. Wiedenfeld, sich durch Ueberweisung eines Teils der Dienstaufwandsentschädigung auf ein Pensionskonto

rund 45 000 Mark zuviel hat zahlen lassen.

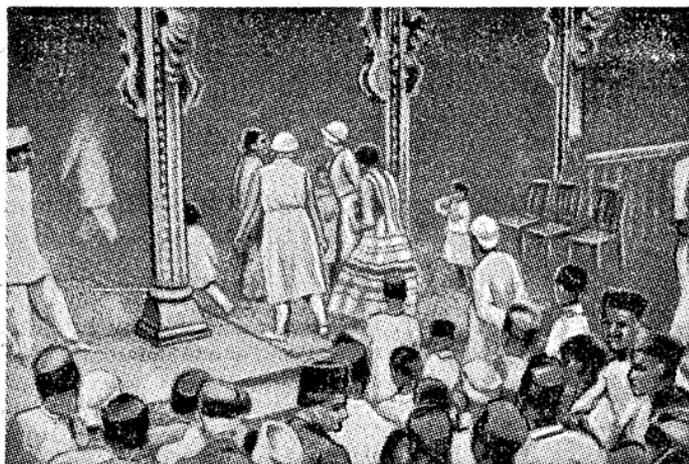
Auf dem Gebiete des Autofahrens ist der Verbandsvorsteher mit einer Tüchtigkeit sondergleichen verfahren. In den Jahren 1924 bis 1931 sind für ihn insgesamt

vier Autos gekauft worden.

Die Gesamtbelastung des Zweckverbandes aus der Gestellung und Unterhaltung des Dienstkraftwagens für Dr. Wiedenfeld beläuft sich auf nicht weniger als rund 46 200 Mark! Anlässlich eines Dienstbiläum erhielt Dr. Wiedenfeld ein Bild, für das — ohne Vorstandsbeschuß — 2500 Mark an Graf Kalkreuth überwiesen wurden. Ferner hat der Verbandsvorstand ohne Wissen des Verbandsausschusses dem Verbandsvorsteher zum Erwerb einer Villa ein Arbeitgeberdarlehen von 40 000 Mk. gewährt, das der Verband von der Unfallberufsgenossenschaft bekommen hat. Die nötige Sicherheit bietet das inzwischen gekaufte und bewohnte Haus jedoch nicht.

Landrat a. D. Kopf gab namens der erweiterten Prüfungskommission eine außerordentlich scharf gefasste Erklärung gegen den Verbandsvorstand und beantragte, den Regierungspräsidenten in Stade zu ersuchen, den Verbandsvorstand in seiner Gesamtheit vom Amte zu suspendieren und einen Kommissar zu bestellen. Der Antrag der Kommission wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Weiter wurde beschlossen gegen den Verbandsvorsteher, Dr. Wiedenfeld, das Disziplinarverfahren zu eröffnen und ihn vom Amte zu suspendieren. Die Vorstandsmitglieder, die durch ihre Saumseligkeit die Korruption mit verschuldet haben,

malige Gouverneur von Bombay, Sir George Lloyd, „war das größte Unternehmen der Weltgeschichte, und es hatte um Haaresbreite Erfolg.“ Jeder andere Führer wäre nach diesem Rückzug von der erregten und enttäuschten Gefolgschaft erschlagen worden. Mahatma durfte selbst diesen Rückzug wagen, obwohl viele in seinem Anhang diesen Schritt nicht verstehen konnten und besonders die stürmisch begeisterte kampffrohe Jugend ihn übelnahm. Der gewaltlose Kampf ist sein Glaubensartikel und seine Kriegskunst. Für ihn fordert er den äußersten Mut und das höchste Opfer. Und solange seine Anhänger sich irgendwo, unter welchen Umständen es auch sei, zu Gewalttaten aufreizen lassen, sagt er, daß Indien für seinen Kampf noch nicht reif sei. — Bald nach dem Abblafen dieser großen Mobilmachung wurde Gandhi verhaftet und unter Anklage des Hochverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch zwei Jahre später (1924) wurde er wegen schwerer Erkrankung freigelassen.



Parias und Europäer, die bisher als unrein galten, betreten, nachdem sie ihre Schuhen ausgezogen haben, einen Tempel in Bombay

Durch seinen Hungertreik hat der indische Nationalistenführer Gandhi erreicht, daß die von England dekretierte Verfassung, nach der die Parias eigene Abgeordnete wählen sollten, abgeändert wird. Gleichzeitig wurde dieser zurückgeleiteten indischen Volksmacht von den Hindus endlich gestattet, die Tempel zu betreten, nachdem die Parias jahrhundertlang als „Unberührbare“ außerhalb der indischen Gesellschaftsordnung gestellt worden waren. Die Parias sind Handwerker, Musikanten oder Diener der Europäer, die nach der uralten religiösen Einteilung der indischen Bevölkerung nicht den vier Hindukasten angehören

Jahrelang nach dem abgebrochenen Kampfe von 1922 blieb Gandhi scheinbar untätig. Tatsächlich aber leistete er unablässige Erziehungsarbeit in seinem Volk. Als dann die beiden englischen Verfassungskommissionen, die die Grundlage für ein freieres Indien ebneten sollten, das Volk enttäuschten, stellte er das Ultimatum, daß, wenn Indien nicht die Selbständigkeit eines sogenannten Dominions nach Art von Kanada, Australien, Südafrika erhalten sollte, der Kampf im Jahre 1930 erneut beginnen werde. Diesen Kampf hat er damit eröffnet, daß er mit einer Schar seiner Anhänger zum Meer zog, um durch Herstellung von Salz aus dem Meerwasser das Salzmonopol zu durchbrechen, das eine der wichtigsten Geldquellen der englischen Regierung in Indien ist. Natürlich

sollte diese Handlung nur das Beispiel sein für das gesamte Volk, und allenthalben in Städten und Dörfern folgte man diesem Beispiel, um die Geseze der Fremdherrschaft zu brechen.

sollen für den Schaden mit haftbar gemacht werden. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, gegen den früheren Direktor Düllmann Strafanzeige zu erstatten und die Pensionszahlungen an Düllmann sofort einzustellen.

Dieser unerträgliche Fall fordert zu einer grundsätzlichen Aenderung des bisherigen Zustandes auf. Sie kann nur in dem Sinne des von der Erweiterten Rechnungs- und Prüfungskommission formulierten Antrages gelöst werden: Auflösung der AG. und Uebernahme des Unternehmens auf den Zweckverband. An der Spitze des kommunalen Verbandes aber dürfen keine Männer stehen, deren Wirtschaftsführung so kläglich Schiffbruch erlitten hat. Dahin gehören nicht Leute, die an der alten und bankerotten Wirtschaftsverfassung kleben, sondern Männer, die eine sichere und planmäßige Wirtschaftsführung zum Nutzen der Allgemeinheit gewährleisten. Mit den „System“-Bekämpfern und Marginalisten, die hier am Pranger standen, muß aber das völlig korrupte kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt fallen. Gegen diese haben wir den schärfsten Kampf zu führen. Gegen diese Mißwirtschaft richtet sich der Kampf insbesondere, wenn die Gewerkschaften für die

Wahl von Sozialdemokraten am 6. November

eintreten und an die Verstärkung ihrer eigenen Kräfte durch vermehrte Agitation herangehen, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Jeder Arbeiter muß ein Mitkämpfer in diesem gigantischen Ringen sein!

Was kostet der Badehosen-Erlaß?

Die zwangsweise eingeführte Preußenregierung hat neben anderen überflüssigen Maßnahmen auch einen Erlaß über die Badeanzüge herausgebracht. Im „Berliner Tageblatt“ macht ein Industrieller eine Rechnung über den Sachschaden auf, den dieser Erlaß der Textilindustrie zufügt. Die Entwertung der Lagerbestände schätzt man auf 8 Millionen Mark. Dieser Schaden wird erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Millionen Mark, die an etwa 10 000 Arbeiter nicht zur Auszahlung kommt. Ein anderer Fabrikant schließt seine Betrachtungen folgendermaßen:

„Durch den Braucht-Erlaß ist die Einkaufsmöglichkeit für die Detailisten unterbunden. Damit ist die Fabrikation für die Badeanzug-Fabrikanten für die Saison 1933 unmöglich. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind mit sofortiger Wirkung brotlos geworden.“

Diese Argumente sind eine treffliche Illustration für die Schädlichkeit der gegenwärtigen Regierung, die überdies vorgab, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Zu Anfang der jetzigen Gandhi-Bewegung versuchten große englische Zeitungen sie als törichte Komödie eines eitlen Narren hinzustellen. Ueber diese Kennzeichnung der Person Gandhis braucht man kein ernsthaftes Wort zu verlieren. Ein Komödien-Spieler wagt nicht hundertmal sein Leben für sein Volk, gibt nicht die Existenz eines gutgestellten Juristen auf, um in der Armut eines Kulis zu leben, aus Mitleid mit den Armen und zum Vorbild für die Reichen in seinem Volke; ein eitler Narr sieht anders aus. Was aber die Wirkung seiner Propaganda betrifft, so hat sich bei den Engländern daheim und in Indien die Meinung bald gewandelt. Trotzdem Indien fast völlig von der Außenwelt abgeschlossen ist — durch Ein- und Ausreiseverbot, Pressezensur und häufig durch die gänzliche Unterdrückung der indischen Eingeborenenpresse —, müssen selbst englische Zeitungen Dinge berichten, die den Umfang des Aufruhrs enthüllen. In der im englischen Regierungsdienst, Dorfoberte, die die Steuern eintreiben sollen, legen ihre Ämter nieder, wie ihnen Gandhi befahl, Volksmassen in allen Teilen des Landes brechen das Salzmonopol, eingeborene Truppen meutern, scharenweise strömt die Jugend aller Kasten und Religionen zu den Massen der Gandhi-Bewegung. Den wirksamsten Schlag gegen England bedeutet aber in dessen gegenwärtiger Wirtschaftskrise der von Gandhi angeordnete und in weitem Ausmaße durchgeführte Boykott englischer Waren. Indische Kaufleute weigern sich, englische Waren zu verkaufen, und treffen damit England an seiner empfindlichsten Stelle. Dieses versuchte durch scharfes militärisches Einschreiten im ganzen Lande und durch Einkerkung aller bedeutenden Führer diese Bewegung zu unterdrücken, und es schritt endlich zur Verhaftung Gandhis selbst, der ihm plötzlich nicht mehr als harmloser Narr, sondern als der mächtigste Volksführer

REICHS- UND STAATSARBEITER

Der Hauptbetriebsrat im preußischen Finanzministerium und Ministerium des Innern beschäftigte sich in seiner Sitzung am 27. und 28. September 1932 außer mit einer Anzahl von Angestelltenfragen auch mit einer Reihe von Beschwerden aus dem P.C. für die Arbeiter. Vor allem war eine Beschwerde des Hauptbetriebsrats an das preußische Finanzministerium und die darauf ergangene Antwort des Ministeriums, wegen der Abhaltung von Sitzungen der Bezirksbetriebsräte, Gegenstand einer eingehenden Aussprache. In dem Schreiben des Ministeriums wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Sitzungen der Bezirksbetriebsräte nur dann abzuhalten seien, wenn der Stoff der Tagesordnung durch schriftliche oder mündliche Verhandlungen des Vorsitzenden nicht mehr erledigt werden könnte. Dieser Hinweis des Ministeriums kann von den Bezirksbetriebsräten nur bedingt angewandt werden, soweit Beschwerden nicht an bestimmte Fristen gebunden sind und dem Beschwerdeführer daraus keine Nachteile erwachsen. Im allgemeinen müßte — das war die Ansicht des Hauptbetriebsrats — den Bezirksbetriebsräten volle Handlungsfreiheit, soweit sie nach dem Betriebsrätegesetz gewährleistet ist, überlassen bleiben. — In der Zwischenzeit hat die in mehreren Sitzungen behandelte Ueberstundenleistung der Pförtner und Chauffeure durch eine Beschwerde bei der Regierung in Potsdam ihre Erledigung gefunden. Die Dienstbereitschaft, die man glaubte bei den Pförtnern anzuwenden, um die Mehrarbeit zu bewältigen, ist aufgehoben und es bleibt bei der 48-Stunden-Woche. — Des weiteren wurde die Schutzkleidungsfrage im Gebiet der Schutzpolizei noch einmal eingehend erörtert und das preußische Innenministerium erucht, den von dem Arbeitererrat des Polizeipräsidiums in Berlin dem Innenministerium eingereichten Vorschlag über die Regelung der Schutzkleidung bald zur Durchführung zu bringen, mit dem Geltungsbereich für alle Lohnempfänger, für die die Voraussetzungen bei der preußischen Polizeiverwaltung zutreffen. — Während man sich in früheren Sitzungen des Hauptbetriebsrats oft damit beschäftigte, müßte, daß die nachgeordneten Dienststellen bei der Einstellung von Personal nicht den tarifvertraglichen Bestimmungen entsprechend handelten, waren es diesmal beide Ministerien selbst, die dem § 34 P.C. bei Neueinstellungen nicht Rechnung getragen hatten. Unsere Organisation und der Hauptbetriebsrat haben in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht, daß beide Körperschaften unter keinen Umständen derartige Maßnahmen der beiden Ministerien dulden. Das Finanzministerium hat selbst durch zwei Verfügungen an die nachgeordneten Dienststellen darauf hingewiesen, daß bei Bedarf an Arbeitskräften in erster Linie auf die Entlassenen zurückgegriffen werden soll. Es zeigte sich vor allem in der Aussprache, daß auch in den einzelnen Ministerien von Referenten versucht wird, Personalpolitik auf eigene Faust zu treiben, ohne den hierfür zuständigen Tarifreferenten zu informieren oder gar zu beteiligen. Wenn das geläufig wäre, hätten derartige Vorkommnisse vermieden werden können. Fi.

gilt. Allerdings vermag auch er nicht mehr wie 1922 die Massen beim gewaltlosen passiven Widerstand zu halten. Die Bewegung geht vorwärts und über ihn hinweg. Die Empörung im Lande ist zu groß, die Massen, wenn auch waffenlos, sind zu zahlreich, als daß sich Zusammenstöße, die Gandhi mit seiner disziplinierten Kriegskunst ablehnt, noch vermeiden ließen. Schließlich mußte er selbst erklären, wenn sein passiver Widerstand nicht zum Ziele führen würde, dann ziehe auch er den Aufruhr der Knechtschaft vor. Jetzt sitzt er im Gefängnis. Für sein Volk aber ist er zur Märtyrer- und Heldengestalt geworden. Und mit welchen Mitteln auch der Kampf weitergehen mag — sein großes Verdienst bleibt es, daß er alle wertvollen Kräfte seines Volkes einigte und zur höchsten Opferfähigkeit erzog. Alle indischen Gefängnisse sind heute überfüllt, kaum einer von den Führern, die ich kennenlernte, ist noch in Freiheit. Viele sind in wenigen Wochen für ihr Land gestorben, Tausende werden noch für seine Freiheit sterben.

„Gandhi“, so sagte mir ein Inder, „hat uns gelehrt, wie man in einem Lande, wo in jeder Minute ein Mensch durch einen Schlangenbiß stirbt, leichtes Herzens für seines Volkes Freiheit sterben soll. Seitdem sterben sie hier lachend.“ Und dies ist offenbar die größte von den Provokationen Gandhis, über die der Gegner sich beklagt. Denn gegen Furchtlosigkeit ist der Furchtbarste auf die Dauer wehrlos. Wie sagte doch Dyer, der General von Amritsar, auf die Frage der Untersuchungskommission, warum er die Wehrlosen in Massen niederfeuern ließ? „Sie hätten sonst gelacht!“

Wohl denen, deren Lachen die in Waffen Starrenden in ihrer Ohnmacht enthüllt! Ihnen ist der endliche Sieg gewiß.

(Aus „Indien, das Brahmanenland im Frühlicht“ von F. J. Fartwängler, Büchergilde Gutenberg.)

GEMEINDEN UND KOMMUNALVERBÄNDE

Zur kommunalen Abfallverwertung. — Vom Kehrichthausen zum Kunstdünger. Auf einer Tagung in London hatte man sich kürzlich ausführlich mit der Verwertung von industriellen und kommunalen Abfällen befaßt. Hierbei kam zur Sprache, daß in England im Müll noch jährlich 20 Millionen Mark an Werten stecken. Im Jahre 1929 wurden aus dem Müll in England 2 400 000 Kilogramm Konservenbüchsenblech gewonnen. — Bescheidenere Resultate erzielte man in Köln, wo der Müll aber nicht nur von Metall befreit sondern auch verbrannt und zu Kunststeinen verarbeitet wurde. Verschiedene technische, vor allem aber wirtschaftliche Schwierigkeiten bewirkten jedoch vor einiger Zeit die Einstellung der Steinfabrikation. Dafür scheint nun ein anderer Weg gangbar zu sein. Nach umfangreichen Versuchen ist es gelungen, aus dem kalk- und kieselsäurehaltigem Feinmüll durch Zusatz von Knochenschwamm ein synthetisches Thomasmehl herzustellen. Dies ist ein wertvolles Kunstdüngemittel. Professor Kappen von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, dem das neue Produkt zur Prüfung übergeben worden war, äußerte darüber in seinem späteren Gutachten:

„Mit großer Wahrscheinlichkeit läßt sich auf Grund der analytischen Untersuchung die Erwartung aussprechen, daß die Müllschlackenphosphate zum wenigsten die gleich gute Brauchbarkeit zur Düngung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen aufweisen werden, die von guten Thomasmehlen bekannt ist.“

Weitere Versuche und Kalkulationen sind gegenwärtig im Gange. Bewährt sich die neue Erfindung, dann ist sie volkswirtschaftlich gesehen von gewaltiger Bedeutung. Denn gegenwärtig werden jährlich etwa 1,2 Millionen Tonnen Thomasmehl für Düngezwecke vom Auslande eingeführt, was uns rund 50 Millionen Mark kostet. Wenn sich nun der künstliche Mülldünger dem Thomasmehl als gleichwertig erweist, wäre es nationalökonomischer Unsinn, unserer Devisenbilanz und unserem Arbeitsmarkte noch weiter zu schaden. Antarkie wäre in diesem Ausnahmefalle einmal ein erstrebenswertes Ziel. — Die Mengen, welche die Kölner Müllverwertungsanstalt nun selbst beim größten Ausbau einer solchen Fabrikation herstellen könnte, reichen allerdings nicht im leisesten an jene Einfuhrzahlen heran. Zunächst wird es zwei bis drei Jahre dauern, ehe die ganze städtische Verbrennungsanlage auf die Düngereinfabrikation umgestellt ist. Nach der vollständigen Umwandlung des Produktionsprozesses wird es möglich sein, vielleicht 200 000 Tonnen des Müllkunstdüngers herzustellen. — Zur Zeit erfordert die Kölner Müllverwertung einen Zuschuß von 1 700 000 Mk. Durch die Düngerproduktion wird er aber in Wegfall kommen, so daß sich dann die ganze Anlage selbst trägt. Die alte Methode der Müllbeseitigung mit Pferdebekahren und faulen Schuttgruben, die eine große gesundheitliche Gefahrenquelle bildete, ist damit jedenfalls endgültig überwunden. Aus volkswirtschaftlichen und volkshygienischen Gründen bleibt darum die Müllverbrennungsanstalt ein großer Fortschritt, den alle Kommunen zur rechten Zeit nachahmen sollten.

Straßenbau in Berlin als Notstandsarbeit. Wie der „Städtische Nachrichtendienst“ berichtet, sind im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für den Landstraßenbau Mittel vorgesehen, die nach dem bisher vorliegenden Programm der Reichsregierung für die Stadt Berlin die Durchführung eines Bauprogramms von etwa 6 000 000 Mk. ermöglichen würden. In Uebereinstimmung mit den Richtlinien im Erlaß des Reichsverkehrsministers sind in das Bauprogramm neben den Hauptfernverkehrsstraßen nur solche Straßen aufgenommen, die als Hauptausfallstraßen oder zugehörige Umgehungsstraßen (Ringstraßen) anzusehen sind. Die Gesamtsumme ist wie folgt zu finanzieren:

1. 3 Proz. Verwaltungskosten	= 180 000 Mk.
Davon sollen 130 000 Mk. aus dem Haushalt der Tiefbauverwaltung und 50 000 Mk. aus gemeinsamen Vorbehaltsmitteln gedeckt werden.	
2. 15 Proz. verlorener Zuschuß des Landesarbeitsamtes	= 900 000 Mk.
3. 20 Proz. Unternehmerkredit, in 5 Jahren rückzahlbar, Tilgung beginnend am 15. April 1934	= 1 200 000 Mk.
4. Darlehen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten	= 3 720 000 Mk.
	zusammen 6 000 000 Mk.

Nach dem Erlaß der Reichsregierung müssen die Verwaltungskosten (180 000 Mk.), das sind die Kosten für Planung, Einleitung, von der Gemeinde getragen werden. Diese Arbeiten werden jedoch zum großen Teil, etwa in Höhe von 130 000 Mk., mit den vorhandenen etatsmäßigen Kräften durchgeführt werden können, so daß nichtständige Hilfskräfte nur in einem Umfang

von 50 000 Mk. herangezogen werden. Der Unternehmerkredit soll mit 5 Proz. verzinst werden; eine endgültige Vereinbarung über den Zinssatz liegt jedoch noch nicht vor. Das Darlehen der Deutschen Gesellschaft wird vom 1. Januar 1934 an auf 15 Jahre zu einem Zinssatz von 5 Proz. gegeben. Während der ersten fünf Jahre wird Verzinsung und Tilgung von der Reichsregierung übernommen, und zwar ohne daß diese Beträge später wieder erstattet zu werden brauchen. Vom sechsten Jahre ab ist das Restkapital durch die Stadt zu verzinsen und zu tilgen. Es ergibt sich hieraus für diese Aktion eine Gesamtbelastung für die Stadt in den ersten fünf Jahren für Verzinsung und Tilgung der Unternehmerkredite von jährlich rund 276 000 Mk. und in den folgenden zehn Jahren für Verzinsung und Tilgung der Notstandsdarlehen von jährlich rund 358 000 Mk. Der Oberbürgermeister ersucht nunmehr die Stadterordnetenversammlung, zunächst die erforderlichen 50 000 Mk. aus gemeinsamen Vorbehaltsmitteln zu bewilligen, dem Gesamtprojekt zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, die erforderlichen Notstandsdarlehen und Unternehmerkredite aufzunehmen. — Außerdem sollen 2500 neue Tagewerke bei der Stadtenwässerung geschaffen werden durch Einbau von Regenwasserleitungen. Diese Arbeiten werden insgesamt etwa 125 000 Mk. kosten. Rund 92 000 Mk. stehen noch aus Ersparnissen der Notstandsaktion zur Verfügung, etwa 15 000 Mk. werden als Zuschüsse vom Landesarbeitsamt und aus dem städtischen Wohlfahrtsetat gegeben, das Reich gibt 20 000 Mk. als Darlehen. Die Stadterordnetenversammlung wird sich auch sofort mit dieser Vorlage beschäftigen.

Wofür Nazi-Koburg noch Geld hat. Wir berichteten bereits in Nr. 39 der „Gewerkschaft“, daß die Stadt Koburg vor dem Bankrott steht, obwohl sie noch während der Wahlkämpfe im Juli schwindelhafterweise als ein Mustereemplar kommunaler Wirtschaft und Finanzverwaltung gefeiert wurde, nur weil dort Nazis regieren. In Koburg wohnt aber auch der letzte Herzog des ehemaligen Kleinstaates Koburg-Gotha, der „Schwerarbeiter“ wie er nun einmal ist, auch der „Arbeiter“-Partei Adolf Hitlers angehört. Seine Tochter Sybille will sich nun mit einem Schwedenprinzen verheiraten, und um zur Hochzeitsfeier der Tochter ihres Pops beizutragen, bewilligten die Nazi-Stadtväter großzügig 1200 Mk. für die Ausschmückung der Stadt. — Das ist Noblesse auf Kosten armer Steuerzahler und Wohlfahrtsempfänger gegenüber einer reichen Fürstenfamilie.

Die RGO. will Profitwirtschaft in öffentlichen Betrieben. Im Juli 1932 erschien die „Kommunistische Kommunalpolitik“, herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD. In dieser Broschüre erklärt die Führerschaft der RGO:

„Die Kommunisten... können nicht die Forderung der Kontrolle der Arbeiter über die kommunalen Betriebe aufstellen, fordern, daß sie nicht vom Standpunkt der Profite geleitet werden sollen. Gerade deshalb, weil die kommunalen Betriebe sozialökonomisch kapitalistische Betriebe sind, können die Kommunisten die Parole der Kommunalisierung von Betrieben, die im Dienste der Bevölkerung stehen, weder aufstellen noch unterstützen.“ (Seite 12 bis 13.)

Ueber die bestehenden Gemeindebetriebe soll nach dem Willen der KPD. das reaktionärste Bürgertum herrschen:

„Für die Wahl von Bürgermeistern, Stadträten, Beigeordneten, Gemeindevorstehern usw. müssen die kommunistischen Fraktionen jeweils eigene Vorschläge aufstellen... Die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten ist abzulehnen.“ (Seite 26.)

Damit wird unter Einheitsfrontgeschrei die Herrschaft über die öffentlichen Betriebe der stärksten bürgerlichen Partei, d. h. den nationalsozialistischen Gewerkschaftsfeinden zugespielt.

Merseburg. Die Versammlung der Gemeindeglieder am 23. September 1932 beschäftigte sich mit der Notverordnung und brennenden Tariffragen. Kollege Ferchlant-Halle erläuterte die letzten Notverordnungen der Papen-Regierung und die bedrohlichen Auswirkungen für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, wobei zugleich die speziellen Interessen des Merseburger Wirtschaftsgebietes und seiner Umgebung gestreift wurden. Auch der Neuabschluß des RMT. G. IX und die zur Zeit schwebenden Verhandlungen wegen Neuabschlusses des Bezirkszusatzabkommens waren Gegenstand des Referates. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die bekundeten, daß das Vorgehen der Reichsregierung eine Herausforderung zu Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften bedeute. Kollege P. Koch machte alsdann Mitteilungen über Propaganda unter den Berufsgruppen der Gärtner und Friseure.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Wiederaufbau in der Gärtnerei?

Die angekündigten und offenbar schon vorbereitet gewesenen „Derzweiflungsausbrüche“ der Gartenbauern haben nicht zu passieren brauchen, — der Sturm, dessen Vorzeichen im Appell an den jetzigen Reichskanzler eine so große Rolle spielten, ist abgeblasen worden und aus Revoltmachern sind im Handumdrehen wieder sehr zufriedene Bürger eines Staats geworden, dessen schwarzwälder „Silberstreifen“, einer Fata morgana gleich, ihnen sich zeigen. Dieses Wunder bewirkte die bloße Ankündigung des Kabinetts der Barone, daß auch einige Gemüse- und Obstarten sowie Schnittblumen kontingentiert, d. h. nicht mehr im bisherigen Umfang, sondern nur noch zu einem von Zeit zu Zeit festzusetzenden Prozentsatz zur Einfuhr gelangen sollen. Obgleich bis heute die Regierung offenbar selber noch nicht weiß, welche Maßnahmen sie in dieser Hinsicht nun eigentlich ergreifen will oder soll, sind die Herren vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues so begeistert von dieser Regierung, daß sie die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer aufgeboten haben, um in einer außerordentlichen Tagung deren Gartenbauabteilung über den Wiederaufbau der Gartenbaubetriebe zu reden. Hauptsache war ihnen eine Paradeversammlung unter Hinzuziehung von Vertretern der nichtpreussischen Landwirtschaftskammern, einiger auserwählten Organisationen und der Presse. In den Mittelpunkt dieser Veranstaltung war und hatte sich gestellt der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, und als dieser zur festgesetzten Zeit irgendwie noch verhindert war, verschob man den Beginn erstmal um eine Stunde. Nachdem dann der Herr Präsident der Gartenbauabteilung sich als Schönredner produziert, der Präsident des Landwirtschaftsrates aber im voraus einige Tropfen Essig in den später zu genießenden Wein gegossen hatte, war der Herr Minister noch immer nicht da. Weil aber die ganze Vorstellung sich um ihn drehte, so wurde aus der Not eine Tugend und eine weitere Kunstpause gemacht.

Endlich kam Freiherr von Braun. Er folgte dem ihn ankündigenden Pagen so schnell auf dem Fuße, daß die ganze Paradesellschaft überrascht sitzen blieb. Dieser offenbare Regiefehler hatte Gott sei Dank keine schlimmen Folgen. Der Freiherr war so gnädig, den vor ihm versammelten Gartenbauern zu versichern, daß er auf seinem Wege zur Kontingentierung weiter-schreiten werde. Er denke allerdings nicht daran, die Grenzen des Industrielandes Deutschland hermetisch abzusperren; aber er erkenne andererseits die Bedeutung des deutschen Gartenbaues an. Begeisterter Beifall! — Worauf Herr Schröder-Krefeld aufs Podium stieg, um dem Herrn Minister vorzutragen: Die Steuer-gutscheine könnten sich für den Gartenbau nicht gleich auswirken, weil die Betriebe fast zusammengebrochen seien. Darum sei Kontingentierung einziges und letztes Mittel, um sie vor dem völligen Untergang zu retten. Er versicherte dann dem Herrn Minister, die Gartenbauern wollten keine Sonderprivilegien, sondern ihre edlen Absichten beschränken sich lediglich darauf, dem „Volke den Gartenbau zu erhalten“. Das war zweifellos ein falscher Zungenschlag. Er meinte offenbar, diese Gartenbauern, die da hakenkreuzgeschmückt in Untertänigkeit vor einem Freiherrn saßen, wollen sich dem Volke erhalten.

Er sprach dann von einer „verantwortungsvollen Preispolitik“, ohne näher darzulegen, wie er diesen reichlich dehnbaren Begriff auffaßt. Dann betonte er: „Wie auch die Verhandlungen mit dem Auslande ausfallen mögen, die Kontingentierung muß nicht nur unter allen Umständen durchgeführt werden, sondern die Maßnahmen müßten auch von langer Dauer sein. Andererseits erklärte er aber, die jetzt für ein Vierteljahr festzusetzenden Kontingentierungssätze dürften nicht auf lange Sicht getroffen werden, weil doch alles von der Ernte abhängt. Dann folgten Betrachtungen über die einzelnen Berufsgruppen der Gärtnereien. Er kam zu dem Ergebnis, daß überall im Obst- und Gemüsebau und auch bei der Produktion an Zierpflanzen hundertprozentige Bedarfsdeckung gegeben sei, so daß die Gartenbauern vielleicht eine einprozentige Kontingentierung zubilligen möchten. Aber das geschehe nicht, wie immer wieder erklärt wurde, um der persönlichen Vorteile willen, sondern im „Interesse des deutschen Volkes“, das nur dann gesunden kann, wenn es mit möglichst teuren deutschen Erzeugnissen und nationalen Phrasen gefüttert wird.

Unsicher wurde der Referent aber, als er von den deutschen Bau-schulen sprach, die stark auf Ausfuhr eingestellt

sind und die von weiteren zollpolitischen Maßnahmen eine „Dumping-Einfuhr“, das ist eine Konkurrenz-einfuhr des Auslandes zu niedrigsten Kampfpreisen, befürchten müßten und die nun deshalb Kontingentierung der Einfuhr von Baumschulwaren verlangen. Dann folgte die Unterstreichung des privatkapitalistischen Charakters der Gartenbaubetriebe und ihrer privatkapitalistischen Initiative. Aber gleich hinterher verlangte er „sinnvolle Förderung“ durch den Staat. Doch um Gotteswillen keine Planwirtschaft, denn sie sei der Todfeind der Privatwirtschaft. Weitere geldliche Beihilfen des Staates, so erklärte Herr Schröder, wolle man gern annehmen. Darüber hinaus wünscht man vom Staat die Regelung des Absatzes der Produkte, weil die bisherige milde Weise der privaten Wirtschaft dem Reichsverbande doch nicht in den Kram paßt. Man fordert vom Staat auch eine Konjunkturstatistik des Gartenbaues, ferner eine neue Kreditaktion und verlangt weiter eine großzügige Reklame für das „deutsche Obst“, die „deutschen Tomaten“, die „deutschen Palmen“, die „deutschen Orchideen-Importe“ aus Uebersee, die der Staat nicht bloß organisieren, sondern selbstverständlich auch in großzügigster Weise bezahlen soll. Und nochmals wird unterstrichen: Das alles habe nicht etwa zu geschehen im persönlichen Interesse dieser privatkapitalistischen Unternehmer —, sondern diese „nationalpolitischen Maßnahmen“ dienen dem „Interesse des deutschen Volkes“. — So klang die Ansprache des Vertreters der Gartenbauern an den Minister für die Ernährung des deutschen Volkes aus.

Eine komödienhafte Veranstaltung, der nur noch gefehlt hat, daß sie umrahmt worden wäre von einem Militärmarschprogramm des schon nationalpolitisierten Rundfunks. Daß diese Komödie irgendwelchen Einfluß ausüben könnte oder sollte auf die Maßnahmen der Reichsregierung, das wird gewiß von keinem der Beteiligten angenommen und erwartet. Der Reichsverband kennt und verfolgt dazu andere Methoden. Eigentlicher Zweck dieser Paradedarstellung war vielmehr, der Agitation des Reichsverbandes, der ja bekanntlich an einem starken Mitglieder-schwund leidet, einen möglichst wirkungsvollen Wiederauftrieb zu geben. Man braucht nicht „Erfolge“! Hier galt es, „einen ersten Erfolg jahrelangen Kampfes“ zu konstruieren, um einen „Werbewinter“ und einen „Werbewettstreit“ beginnen zu lassen, über die man in ihrem Verbandsorgan Näheres nachlesen kann. Vielleicht sind auf diesem Gebiet auch wieder einige Erfolge zu erzielen. Ob aber die angekündigte Kontingentierung zu einem Erfolg für die Gärtnerei und in dem erstrebten Maße zum Nutzen für das deutsche Volk wird? Das darf in mehrfacher Beziehung als sehr zweifelhaft angesehen werden.

Zur gärtnerischen Arbeitsbeschaffung

Man hört nicht mehr viel von ehrlichen Bemühungen um die Arbeitsbeschaffung, seitdem wir mit dieser Regierung der Barone beglückt wurden. Aber es verdient doch festgehalten zu werden, daß unsere Anträge in der „Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaus“ und durch diese einige gute Erfolge versprechende Auswirkungen schon erfahren haben.

Dor uns liegt ein Schreiben des bayerischen Staats-ministeriums für Wirtschaft und Arbeit an andere Ministerien des Inhalts: In der Anlage beehre ich mich, eine Eingabe der Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues mit einer Entschließung (vgl. „Gewerkschaft“, 1932, Nr. 27, Sp. 413) zur gefälligen weiteren Veranlassung unter bester Berücksichtigung zu übermitteln. Ich habe den Landesinspektor für Obst- und Gartenbau zu der Eingabe gehört. Dessen Gutachten liegt vor. J. D. gez. Dr. Hänlein.

In diesem Gutachten nun ist gesagt, daß die Forderung, bei den Arbeitsbeschaffungsplänen von Reich, Staat und Gemeinden, insbesondere bei Siedlungsarbeiten, Urbarmachung von Moor- und Oedlandereien und Aufforstungen, gärtnerische Arbeitnehmer bevorzugt zu berücksichtigen, als berechtigt bezeichnet werden müsse. Ferner wird es als zweckmäßig bezeichnet, Vorsorge zu treffen, daß von den für die einzelnen Siedlungs- und Kleingartenunternehmungen bereitgestellten Mitteln jeweils ein entsprechender Pauschalbetrag für die sachmännliche Beratung durch Gärtner gesichert wird. Diesbezügliche Erhebungen und die Hinzuziehung der städtischen Gartenämter werden empfohlen.

Leistet Widerstand gegen Lohndruck und Unterstützungsdruck

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt folgenden Wahlaufruf:

An das deutsche Volk!

Reichskanzler v. Papen hat mit seiner Rede vor den bayerischen Industriellen in München am 12. Oktober der demokratischen Republik den Krieg erklärt. — An die Stelle einer Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, will Herr von Papen das konservative Gottesgnadentum setzen. — Herr von Papen fordert für die Länder die „Verfassungsautonomie“, d. h. das Recht, Monarchie und Klassenwahlrecht wieder einzuführen. Der Volksvertretung will er das Recht nehmen, die Regierung abzurufen. Er will jenen Zustand der Ohnmacht des Parlaments wiederherstellen, wie er vor dem Kriege in den Zeiten des persönlichen Regiments bestanden hat. — Herr von Papen erklärt, seine Regierung habe den Willen und die Macht, die Verfassung zu ändern. Er wird aber für seine reaktionären Pläne weder eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags noch eine Mehrheit aller Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung gewinnen können, ohne die eine Reform auf verfassungsmäßigem Wege nicht möglich ist. — Woher will also Herr von Papen die Macht nehmen, die Verfassung dennoch zu ändern? Die ihm ergebene Presse gibt unzweideutig zu verstehen, daß dies

auf dem Wege des Staatsreichs, des Verfassungsbruchs geschehen soll. — So hat die Reaktion die Maske abgeworfen. Sie holt zum entscheidenden Schläge aus. Ihr Vernichtungswille gilt den politischen und sozialen Rechten, die wir Sozialdemokraten in jahrzehntelangen Kämpfen dem Volke errungen haben. — Fällt die Demokratie, das gleiche Wahlrecht, das Recht der Volksvertretung, so

fällt mit ihnen das Recht der Gewerkschaften, das Tarifrecht, das Recht des arbeitenden Menschen auf Unterhalt im Falle der Not.

Wird das Adelsregiment, die Diktatur des Großbesitzes verfassungsmäßig verankert, so werden

Lohndruck und Unterstützungsdruck damit verewigt.

Nur in schwersten Kämpfen unter den furchtbarsten Opfern wird dann das arbeitende Volk wieder die Stellung zurückgewinnen

können, die es nach der Revolution und unter der letzten Kanzlerschaft des Sozialdemokraten H. Müller schon erreicht hatte.

Gegen die Pläne der Regierung der Barone stellt sich die Sozialdemokratie zur Verteidigung und zum Gegenangriff. — Volksgenossinnen und Volksgenossen, kämpft mit uns! Dußbet nicht, daß die Demokratie, das gleiche Wahlrecht aller Männer und Frauen angetastet wird! Kämpft mit uns gegen die Baronswirtschaft, gegen alle Feinde der Republik!

Leistet Widerstand gegen Lohndruck und Unterstützungsdruck! Fordert mit uns die Enteignung der staatsreichklüsternden Dynastien und des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, die planmäßige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatswillen!

Gegen die soziale Reaktion und für die Rechte der Volksvertretung zu kämpfen, geben jetzt auch die Nationalsozialisten vor. Aber haben nicht sie selber der sozialen Reaktion in den Sattel geholfen?

Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik, die Demokratie, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat der Reaktion den Weg zur Macht geebnet.

Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung! Nur über Hitlers bereitwillig hingehaltenen Rücken kam Papen zur Macht! — Die Kommunisten aber haben, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten, in zahllosen Parlamentsabstimmungen und beim Volksentscheid vom 9. August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegen die demokratische Republik geführt. Jetzt ernten sie, was sie gesät haben. — Wer die demokratische Republik, das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System jahrlang mit Hohn und Haß bekämpft, der kann sie heute nicht gegen die Barone verteidigen.

Volksgenossinnen und Volksgenossen! Laßt euch nicht verwirren, wenn ihr euch nicht knechten lassen wollt! Wollt ihr eure Rechte verteidigen, so kämpft mit uns!

Es geht um alles! — Nieder mit der Baronswirtschaft! Kampf der Reaktion und ihren Staatsreichgehilfen! — Vorwärts am 6. November für Demokratie und Sozialismus mit der Eisernen Front unter den Fahnen der Sozialdemokratie! Freiheit!

Die braunen Streikbrecher wollen „streiken“

Die Barone des Herrenklubs sind nach dem treffenden Worte von Joseph Goebbels „auf dem breiten Rücken“ der NSDAP „behebend in die Amtlichkeit geklettert“. Die Nationalsozialisten haben der Papen-Regierung die Machtergreifung ermöglicht, jetzt gestehen sie das selbst ein und wagen nicht mehr, die eindeutige Erklärung Hindenburgs am 13. August zu bestreiten, daß ohne Hitlers Hilfeleistung keine Baronsregierung möglich gewesen wäre. Die Barone des Herrenklubs haben die günstige Gelegenheit genutzt und zum Kerger der nach Futterkrippen hungernden Nationalsozialisten möglichst viele vom Schläge der Herrengesellschaften „in die Amtlichkeit“ gebracht.

Um ihre Stellung den Nazis gegenüber zu verstärken, ist die Papen-Regierung nach einem groß angelegten Feldzugsplan vorgegangen. Sie hat versucht, Gruppen der Geldgeber der Nationalsozialisten vom Braunen Haus zu trennen, und zwar auf die höchst einfache Weise, daß die Papen-Regierung den Nazi-Geldgebern bar auf den Tisch zahlte, was ihnen das Braune Haus für schweres Geld seit Jahren versprochen hatte. Die Milliardengeschenke der letzten Papen-Notverordnung an den Groß- und Mittelbesitz, an die Schwerindustrie, an die Hausbesitzer und an die Groß-Landwirtschaft haben diese Kreise zu der Ansicht bekehrt, daß die Firma Papen schneller Geschenke liefert als die unerfättlichen Kassierer im Braunen Haus.

Die Nationalsozialisten sind zunächst dadurch in große Verlegenheit gekommen. Dann aber haben sie nach dem Wege gesucht, auf dem sie möglichst schnell wieder zu den Bankkonten ihrer Geldgeber Zugang finden konnten. Sie drohen nach berücktigtem Muster: Geld her, oder wir werden böse! Zahlt uns die Beiträge weiter oder wir „streiken“ und lassen euch seine Leute nicht mehr auf unseren breiten braunen Rücken klettern! Durch die Reichstagsauflösung erhielt diese Parole eine besondere Bedeutung. Auf die Kassierer der Unternehmerverbände konnte ein Druck ausgeübt und gleichzeitig in frischgeschmückter Arbeitermasken um

Arbeiterstimmen gewonnen werden. Die Propagandaleitung des Herrn Joseph Goebbels hofft, daß die Arbeiter die gelben Taten der Naziführung vergessen, die Erinnerung muß wachgehalten werden: 1923, als Hitler glaubte, durch einen Putsch zur Macht zu kommen, hat er einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, nach dessen § 13

Streiks „mit dem Tode bestraft“

werden sollten. „Die gleiche Strafe trifft jeden, der dazu auffordert, antreibt oder zu verleiten sucht“. In einer Broschüre des Reichswirtschaftsrats der NSDAP, Dr. P f a s s f, die das Braune Haus seit Frühjahr 1932 in mehr als 50 000 Exemplaren vertreiben läßt, wird auf Seite 20 nochmals betont,

„Streik lehnen wir als gesetzwidrig ab und werden alle dafür Verantwortlichen unter schwerster Strafe stellen.“

Und das Düsseldorf-Nazi-Organ, die „Volks-Parole“, hat (am 23. Mai 1931) erklärt:

Die NSDAP verurteilt den Streik, „mager berechtigt sein oder nicht.“

Die kurze Geschichte der Nazi-Streik-Brecher-Organisation (NSBO) ist denn auch eine fast ununterbrochene Kette von Streikbruchversuchen. Häufig jedoch rebellierten die Mitglieder aus gesundem Klasseninstinkt gegen ihre Auslieferung an die Geldgeber der Braunen Paläste. Schon im Berliner Metallarbeiterstreik im Oktober 1930 haben Mitglieder der NSDAP sich geweigert, den streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen und Adolf Hitler mußte höchstpersönlich eine gewundene Streikerlaubnis erteilen. Herr M a n f r e d v o n K i l l i n g e r hat sich deswegen in „allerhöchstem“ Auftrag bei den mitteldeutschen Geldgebern der NSDAP regelrecht entschuldigt und erklärt:

Bei Hitlers Streikparole habe es sich nicht um ein ernsthaftes Vorgehen gegen die Metallindustriellen, sondern „nur um eine notwendige politisch-taktische Frage“ zur Beruhigung der Mitglieder gehandelt.

Mit dieser Erklärung waren die mitteldeutschen Industriellen, die jetzt durch ihren Vorsitzenden Verbot der Erhebung von Gewerkschaftsbeiträgen fordern, sehr zufrieden.

Auch später verstand die NSDAP. sich auf „Tarnung“. Im Streik in den Berliner Wurstfabriken im Mai 1932 erreichte das Nazimitglied Schmidt, Mitinhaber der Firma Bruno Koschowitz, daß Nationalsozialisten bei ihm Streikbrucharbeiten leisteten. Durch die Nazipresse aber ging ein Photo der Wurstfabrik Joseph Winter — dessen Inhaber anscheinend beim Nazi-Parteiakassierer keine so gute Nummer hat wie Schmidt — vor der ein Hausen SA-Leute Schilder zeigten: „Hier streikt die USBO.“, während

der Streik in Wirklichkeit von den freien Gewerkschaften getragen wurde!

Ganz ähnliches wird aus Görlitz berichtet, daß sich im September 1932 einige Nazis vor einem vom Deutschen Metallarbeiter-Verband bestreikten Betrieb mit dem gleichen Schild photographieren ließen. Während dieses Photo aufgenommen wurde, veröffentlichte die „Leipziger Volks-Zeitung“

Photos von nationalsozialistischen Streikbrechern

bei der Leipziger Maschinenfabrik Karl Krause. Die Streikbrecher wurden in einem Sonderwagen der Straßenbahn von der Nazikassierne in der Weststraße zum Betrieb verfrachtet. Auf dem Altonaer Fischmarkt bestellte sich die Firma Köser, die einen Streik befürchtete, 70 SA-Leute zum Fischhafen. Unsere „Gewerkschaft“ hat wiederholt über braunen Streikbruch im Organisationsgebiet des Braunen Hauses berichten müssen.

Die Streikbruchtaktik hat den Nazis die erhofften Geldspenden nicht voll gebracht, denn inzwischen hat Papen seine Milliarden an die Unternehmer ausgeschüttet. Nun spielen die Braunen nach außen die Radikalen so lange, bis sie wieder an die Kassenschränke zurück können. Wer auf dieses Theater hineinfällt, der wird grausam erwischt, so wie die nationalsozialistischen Arbeiter in Lauenburg a. d. Elbe, die den Ausschluß der in den wegen

bestreikten Fassfabriken als Streikbrecher arbeitenden Nationalsozialisten

gefordert hatten. Die zuständigen Parteinstanzen erklärten, es gebe eben zweierlei Lohndruck und der in Lauenburg sei berechtigt, den müßten die Arbeiter sich nicht nur gefallen lassen, sondern sie sollten sogar

mit Hitlerheil den streikenden Kollegen in den Rücken fallen.

Wer einmal diese Erfahrung gemacht hat, der wird bei allen Erklärungen des Braunen Hauses mißtrauisch. Der warnt die Kollegen vor der radikalen Maske der Partei des Streikbruchs und weist die braunen Agitatoren zurück, die sich plötzlich als Gewerkschaftserbaser anbieten. Er sucht die noch Abseitsstehenden

im Gesamt-Verband zu organisieren,

damit so rasch wie möglich mit aller Kraft die kapitalistische Offensive abgewehrt werden kann, im wichtigen Vorstoß des Gesamt-Verbandes gegen Blau und Braun.

Aus unserer Bewegung

„Die kapitalistische Offensive und ihre Auswirkung auf die Reichs- und Staatsarbeiter“ lautete das Thema, das Kollege Steiner in Mitgliederversammlungen in Gera, Gotha, Meiningen und Ohrdruf behandelte. Aus dem Versammlungsbefuch darf die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die jetzt vom Verbandsvorstand vorgefehene Werbekaktion auch in Thüringen auf fruchtbareren Boden fällt. In Thüringen, wo die Nazibewegung viel Verwirrung unter den Arbeitern angerichtet hat, dürfte diesen schon zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Rattenfänger melodien der Sauckel und Marxhäuser nur zu dem Zwecke gesungen werden, um dem thüringischen Volke die Köpfe zu vernebeln. Als es galt, praktische Arbeit für die notleidende Bevölkerung zu schaffen, da haben sie auf der ganzen Linie versagt. Einen besonderen Anschauungsunterricht hat die Geraer Arbeiterschaft zu erfahren bekommen. Dort wurde der Oberbürgermeister ab- und von Sauckel ein Staatskommissar eingesetzt, dessen erste Aufgabe es war, die Unterstützungsätze der Arbeitslosen und Rentner zu kürzen. Daß dieser Mann es trotzdem wagen durfte, in dieser Stadt einen Vortrag zu halten: „Gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub“, zeigt, wie weit die geistige Verwirrung unter dem deutschen Volke bereits vor-

geschritten ist. Aus all diesen Gründen soll die Parole auch unserer thüringischen Kollegenchaft sein: Den letzten Rest ihrer menschlichen Arbeitskraft dafür zu verwenden, um den gewerkschaftlichen Organisationen wieder zum Aufstieg zu verhelfen und dafür zu sorgen, daß die nationalsozialistischen Gespenster recht bald wieder aus den Regierungsstellen Thüringens verschwinden — Daß bei der jetzigen Situation die Reichs- und Staatsarbeiter auf dem Cruppenübungsplatz Ohrdruf besonders zu leiden haben, soll in diesem Zusammenhang noch extra vermerkt werden. Einen Prozeß hat das Reichswehrministerium bereits verloren, und wir hoffen zuversichtlich, daß das auch bei dem anderen, der zur Zeit noch schwebt, der Fall sein wird. Auf die Angelegenheit werden wir gelegentlich zurückkommen. — Neben diesen Versammlungen fand dann in Eisenach noch eine Konferenz für die thüringischen Reichswehrarbeiter statt, die einen in jeder Hinsicht befriedigenden Verlauf genommen hat. Alle Teilnehmer dieser Konferenz gingen auseinander mit dem Gelöbnis, auch für die Zukunft alles zu tun um das durch die Organisation in den letzten Jahren Erreichte trotz politisch veränderten Kurse auch für die Zukunft zu erhalten und noch weiter auszubauen. Daß dieses Gelöbnis allseitig in Thüringen in die Tat umgesetzt werden möge, ist auch unser Wunsch. Die Thüringer Arbeiterschaft wird, wenn so gehandelt wird, bald erkennen, daß es auch dort trotz Nazispuk und wirtschaftlicher Notlage wieder einen Aufstieg in eine bessere Zukunft gibt.

Baun. In der Mitgliederversammlung am 23. September referierte Kollege O. Herold über „Die neue Notverordnung“. Dann folgte ein Vortrag des Genossen O. Wittig über „Das Zusammenwirken der Gewerkschaften und Genossenschaften“. Das Fazit beider Referate war: „Werben für soziale Zusammenarbeit, anspornen zur Erhaltung des Tarifrechts, kämpfen um die Freiheit.“

RUNDSCHAU

Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte sich in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit dem Ersuchen gewandt, die für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober 1931 gewährte Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch in diesem Jahr für die Wintermonate zu gewähren, da sowohl die Zahl der erwerbslosen Kleingärtner größer sowie durch die inzwischen erfolgten Lohnkürzungen die materielle Lage der Kleingärtner wesentlich schlechter geworden ist als im vergangenen Winter. Zur Vorbereitung der Frühjahrsarbeit und zu allgemeinen Instandsetzungen ist aber auch der Besuch des Kleingartens im Winter notwendig, und zur Bekämpfung der immer zahlreicher werdenden Siedlungseinbrüche trägt auch der Besuch des Kleingartens an Wochentagen bei. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt unter dem 30. September mit, daß in Aussicht genommen ist, die Fahrkarten für Kleingärtner auch während der kommenden Wintermonate auszugeben.

USBO. und RGO. in Einheitsfront. Wie der „Vorwärts“ Nr. 485 vom 14. Oktober 1932 in einem Eigenbericht aus Torgau über den erfolgreichen Abwehrtreik in der Steingutfabrik von Dillroth u. Boch mitteilt, erklärte dort in einer von der RGO. (!) einberufenen Versammlung der Gaubetriebszellenleiter Brachmann der USBO aus Halle a. d. S. unter anderem:

„Für die USBO. und RGO. gibt es nur einen gemeinsamen Gegner, nämlich die freien Gewerkschaften.“

Daß die Nationalsozialisten in den Gewerkschaften und nicht in den Unternehmern ihre Gegner sehen, trotz des Scheinkampfes gegen Hugenberg, den die NSDAP. jetzt führt, ist nichts Neues. Bezeichnend ist nur, daß die RGO.-Leute sich derartige Ausprüche anscheinend gefallen lassen.

Dom Wesen der USBO. Auf der außerordentlichen Amtswaltertagung der USBO. in Berlin erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schumann am 2. September 1932 unter anderem:

„Die nationalsozialistischen Gewerkschaften sind zum Unterschied der heute existierenden freien und gelben (!!) Gewerkschaften keine politischen oder wirtschaftlichen Kampforganisationen. Unser Ziel, das wir mit den Gewerkschaften erreichen wollen, heißt: politische Eroberung der Betriebe. Wir können unsere geschichtliche Aufgabe nur erreichen, wenn wir verstehen, die Betriebe und die Betriebsarbeiterschaft für uns zu gewinnen. Denn keiner kann gegen die geschlossenen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft regieren.“

Damit hat Schumann die Nazi-Betriebszellenorganisationen selbst als das gekennzeichnet, was sie wirklich sind: keine Organisationen, um den Arbeitnehmern in ihren wirtschaftlichen Nöten zu helfen, sondern um sie als Sturmtruppen für die faschistischen Pläne Hitlers und seiner Spießgesellen zu mißbrauchen. Jeder vernünftige Arbeiter lehnt das ab.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Die „Beamten-Gewerkschaft“, das Organ für die Beamten und Angestellten des Reichs und der Länder, das der Gesamt-Verband herausgibt, wurde vom Berliner Polizeipräsident bis zum 25. Oktober verboten.

Der Reichskanzler von Papen hat auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bayerischen Industriellen-Verbandes am 12. Oktober in München Pläne zur Aenderung der Verfassung von Weimar entwickelt.

1 200 Bergarbeiter wurden im Streikzentrum von Illinois verhaftet, nachdem vorher Zusammenstöße mit Miliztruppen stattgefunden hatten.

Schwere Straßenkämpfe in Belfast, hervorgerufen durch Arbeitslosen-Unruhen, haben zum Einsatz von 3000 Mann Polizei geführt, um Plünderungen zu verhüten. Unter den Arbeitslosen sind Tote und Verwundete zu zählen.

Die Auflösung des Danziger Volkstages wurde, trotzdem die Nationalsozialisten in Verbindung mit den Kommunisten den Antrag auf Auflösung gestellt hatten, mit 46 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Von der nationalsozialistischen Fraktion stimmte ein Teil nicht für die Auflösung.

Die belgischen Gemeindevahlen haben den Sozialdemokraten einen großen Sieg gebracht. Die Sozialisten haben einen Reingewinn von über 400 Mandaten und von 60 Gemeindeverwaltungen zu verzeichnen.

Zwei Tote und elf Verletzte gab es am 16. Oktober in Dortmund bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Eine Schießerei in Wien am 16. Oktober zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten hat 3 Todesopfer und 30 Verletzte gefordert.

SCHRIFTEN UND BÜCHER

(Besprechung vorbehalten)

„Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswert“ von Dr. Wilhelm Ziegler. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin. Preis in Leinen 12.50 M., brosch. 10.— M.

In der Schrift wird die Stellung des Reichstages, des Reichspräsidenten und des Reichsrates im System der Verfassung genau untersucht; besondere Aufmerksamkeit wird der Rolle des Artikels 48 gewidmet. Im dritten Kapitel wird der Friedensvertrag von Versailles ausführlich geschildert, wobei der Standpunkt des Verfassers dahin geht, daß es sich hier um ein verhängnisvolles Diktat handelt, das zu dem „Gewaltfrieden“ geführt hat. Wichtiger sind die Kapitel „Das Werden der Verfassung“ und „Das Wert und die Männer von Weimar“. Alsdann werden im fünften Kapitel u. a. der Zusammenbruch des Rath-Butschkes geschildert und die neun Punkte als Forderung des ADGB aufgezeigt. Der Verfasser kommt im letzten Kapitel über die „Wende der Zeit“ zu der volksparteilichen Auffassung, daß die konstitutionelle Republik für Deutschland das Gegebene sei, wobei er betont, daß der oberste Satz von Weimar „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ heute in Gefahr ist. Der zweite Urfaß der Verfassung „Das Deutsche Reich ist eine Republik“ enthält das wohl endgültige, unwiderrufliche Ergebnis der Entwicklung von 1919“. Damit ist der Standpunkt des Verfassers klar gekennzeichnet. Ein Anhang bietet in synoptischer Darstellung das Werden der Reichsverfassung vom Urentwurf bis zum Endtext. Ferner ist ein Sitzungskalender der Nationalversammlung, ein zeitgeschichtlicher Kalender für die Ereignisse des Jahres 1919 angeschlossen. Literaturverzeichnis, Personen- und Sachregister geben einen Überblick über das vorliegende Material und regen zu eigenen Untersuchungen und Vergleichen an. Wir können das Buch für unsere Filialbibliotheken durchaus empfehlen. E. D.

Der richtige Weg zur Erlangung

schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages. Ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschmitt), bürtchen Sie nun energisch in allen Richtungen die Außen-, Innen- und Kauflächen, auch zwischen den Zähnen. Tauchen Sie sodann die Bürste in Wasser, zum gründlichen Nachputzen. Erst jetzt spülen Sie - am besten mit Chlorodont-Wundwasser - unter Gurgeln tüchtig nach. Der Erfolg dieser mechanischen Reinigung wird Sie überraschen! Alle Speisereste und der mißfarbene Zahnbelag sind verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische und Sauberkeit bleibt zurück. Verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpaste. Tube 50 Pf., große Tube 80 Pf.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Berandoens, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Verantwortlicher Redakteur: Emil Dietmer, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Anzeigenverwaltung: „Werba“ GmbH, Berlin SW 11, Streifmannstr. 48. Telefon: Bergmann 7 5, 8090-3085. Verantwortlich für Anzeigen Paul Lange, Berlin SW 11

Schütze Deine Familie



durch eine **Herold-Versicherung**

Wir bieten:

- Begräbnis-Versicherung, Sterbegeld-Versicherung, Kinder-Versicherung, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
- Niedrige Prämien, keine Wartezeit, keine ärztliche Untersuchung
- Bei Tod durch Unfall doppelte Versicherungssumme

Wir haben:

1 Million 660 000 Versicherte

Wir zahlen im Jahre 1931

über 8 Millionen Reichsmark für unsere Versicherten aus, und seit Anfang 1924 bis jetzt über **42 Millionen Reichsmark**

Vermögen 80 Millionen Reichsmark

Verlangen Sie kostenlose unverbind. Auskunft. Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und allen Städten Deutschlands

Deutscher Herold

Volks- und Lebensversicherungs-AG. Berlin SW 48, Friedrichstr. 219-220

Bücher die man lesen muß!

Es ist erschienen:

Der sozialdemokratische Abreißkalender 1933

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt wie üblich historische Daten aus der Arbeiterbewegung. Gute Bilder beleben den Kalender. Aus Anlaß des 100. Todestages unseres Führers Karl Marx ist die Rückwand dem Andenken dieses großen Toten gewidmet. Der Preis ist herabgesetzt und kostet **1.75 RM**. Zu haben in allen Partei- und in Gewerkschaftsbuchhandlungen

Valeriu Marcu **Männer und Mächte der Gegenwart**

Aus dem Inhalt: Georges Clemenceau zwischen Aktion und Nirwana — Dogma und Dialektik bei Lenin — Ideen des Marshall Foch und die Republik der Zivilisten — Benedetto Croce im Senat u. a. Ganzleinen 1,90 Mk.

John Dos Passos **Auf den Trümmern**

Roman zweier Kontinente. Er umfaßt eine Vielheit von Erzählungen, die alle das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die nackte Wahrheit eines zusammenbrechenden Zeitalters zu enthüllen. Ganzleinenband 8,50 Mk.

Otto A. Palitzsch **Die Marie**

Roman. Ein Mädchen aus dem Volke versucht sich eine eigene Welt aufzubauen — und was daraus wurde. Ganzleinen 5,50 Mk.

Empfehlenswerte Bücher!

Walter Schücking **Die nationalen Aufgaben unserer auswärtigen Politik** Statt 2,50 nur 0,60 Mk.

Milkonowicki **Das Mandatsystem im Völkerbund** Statt 1,— nur 0,25 Mk.

Alle angezeigten Bücher liefert **Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, Berlin SO 16, Michaelkirchpl. 4**

Beachtet unsere Inserate!

ALLES BILLIGER! Westfalia Werkzeug Co. Hagen 101 i. W. Werkzeugliste gratis

DR. ARTHUR MÜLLER Schwangerschaft?

Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis. Ein Buch, das in der ehrlichen Absicht geschrieben ist, den Eheleuten, die aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen auf ein Kind verzichten müssen, zu helfen. Preis 1,80 Mk.



Man vertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. gratis. **J. BRENDL** Limburgerhof 95, Pfalz